

Konkurrenz und Monopol in der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise

Vorwort:

Aktuellere Theorien über den „Monopolkapitalismus“ berufen sich durchgängig auf Lenins Imperialismusschrift aus dem Jahr 1916. Dass diese Schrift nach ihrem Erscheinen eine solche Bedeutung erlangte, liegt an der damaligen Situation – also an den konkreten Ursachen des 1. Weltkriegs und seinen Folgen. Was Lenin aufschrieb, war damals plausibel und brauchbare Grundlage für revolutionäre Agitation. Der Zusammenbruch im Deutschen Reich, in der „Donau-Monarchie“ und vor allem im zaristischen Russland hatte die Revolution auf die Tagesordnung gesetzt und rief schließlich entsprechende Massenbewegungen hervor.

Wenn man sich heute – 2018 – noch auf Lenins Schrift beruft, und sie als „Weiterentwicklung“ der von Marx begründeten Kritik der politischen Ökonomie bezeichnet, dann sollte das eigentlich nur noch Kopfschütteln auslösen; jedenfalls dann, wenn man sich einigermaßen in dieser überlieferten Kritik der politischen Ökonomie auskennt und sich den empirischen Fakten stellt.

Aus Sicht der Kritik der politischen Ökonomie kann man Lenins Schrift - die im Monopolkapitalismus die Grundlage des Imperialismus sah - eigentlich nur als oberflächlich bezeichnen. Nach einer gründlichen Diskussion von Wertgesetz und Monopol (Monopolpreis und Monopolprofitrate) sucht man darin vergeblich. Herrschaft und die damit verbundene Gewalt sind das A und O einer Ökonomiekritik, deren empirische Grundlage die Auflistung von Kartellen und die koloniale Aufteilung der Welt ist. Auf Grundlage dieser „Theorie“ kann man die entwickelte kapitalistische Produktionsweise und deren Erscheinung weder verstehen noch radikal kritisieren.

Eine Theorie vom Monopolkapitalismus, die diesen Namen verdient, haben erst viel später Theoretiker entwickelt, die sich dem „real existierenden Sozialismus“ verbunden fühlten. Im Nachkriegsdeutschland speziell Leute aus der DKP und ihrem Umfeld. Einen sehr guten Einblick bietet die Schrift *„Zur politischen Ökonomie des Monopols, Einführung in die Probleme der Monopoltheorie“* von Wilhelm M. Breuer, erschienen bei Kiepenheuer & Witsch, 1975¹ In den 1970er Jahren wurden aber auch sehr treffende und grundlegende Kritiken etwa vom „Projekt Klassenanalyse“ - später SOST - an der oder den Theorien eines angeblichen „Monopolkapitalismus“ formuliert. Speziell an Lenins Schrift hat Klaus Winter vor einigen Jahren hier (<http://theoriepraxislokal.org/imp/winter1.php>) eine ausgezeichnete Kritik vorgelegt usw. An gleicher Stelle findet man auch das interessante Referat von Ansgar Knolle-Grothusen über „Konkurrenz und Monopol“. (<http://theoriepraxislokal.org/imp/MonopKonku.php>) Bei den revolutionären ml-Sekten und Sektierern, die sich besonders auf den „ideologischen Kampf“ verstehen, wird man nichts finden, was den Namen „Auseinandersetzung“ mit solchen und anderen Kritiken verdiente. „Trotz alledem“ fahren sie fort mit ihren abgeschmackten Phrasen. Deren agitatorische Tiraden gegen den Imperialismus und Glaubensbekenntnisse zu Lenins Schrift haben mich nicht veranlasst, dieses Arbeitsmanuskript zu verfassen. Anlass zu diesem Text war vielmehr ein Buchgeschenk. Der Titel des bereits 1980 erschienen Buches lautet: *„Bochum – Sozialgeschichte einer Stadt im Ruhrgebiet 1860-1914“*. Es gibt einen sehr guten Einblick in die Geschichte der Kartelle im Steinkohlebergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie.² Der Autor David Crew hat dazu umfangreich im Stadtarchiv recherchiert. Dem Inhalt

1 Im Unterschied zu den „revolutionären“ Marxisten-Leninisten haben solche Leute ihren Marx studiert und setzen sich nachvollziehbar damit auseinander, wenn sie ihre Monopoltheorie begründen.

2 Aus diesem Buch werde ich weiter unten noch ausführlich zitieren.

nach wird darin ein ökonomischer Aspekt deutlich, der in den Theorien des „Monopolkapitalismus“ eigentlich keine Rolle spielt. Es wird dargestellt, dass die Kartelle eine wirksame Reaktion auf die Überproduktion – also die Erscheinung der Überakkumulation - waren, nicht um „überhöhte Preise“ durchzusetzen und „überhöhte Profite“ zu realisieren, sondern um Verlust und Pleite zu vermeiden! Eher „minimalistische“ Ziele also! Dieser ökonomische Zusammenhang und die Tatsache, dass auch heute unbestreitbar Kartelle ihre monopolistische Praxis ins Werk setzen, haben mich zu diesem Arbeitsmanuskript veranlasst. Im Vordergrund werden also Überlegungen stehen, die sich um die Akkumulation des Kapitals im Allgemeinen, sowie die Tendenz zu chronischer Überproduktion drehen und der Frage nachgehen, worin die ökonomische Wirksamkeit von Monopolen besteht und woran diese Wirksamkeit – unter Berücksichtigung der Arbeitswerttheorie – ihre Schranken finden muss. Es handelt sich dabei um Schranken für Monopolpreise und des Monopolprofite.

Wann kann man überhaupt von einem Monopol sprechen und warum haben auch bürgerliche Ökonomen eine Kritik daran

Die Tatsache einer monopolistischen Praxis in der kapitalistischen Ökonomie – etwa in Gestalt von Kartellabsprachen - zu leugnen, wäre absurd.

„Jahr für Jahr ermitteln die Wettbewerbsbehörden gegen Hunderte von Unternehmen, die gegen das Kartellverbot verstoßen. Kaffee und Spülmittel, Zement und Chemikalien, Flachbildschirme und DVD-Spieler, Glas und Kabelbäume für Autos, ja sogar Feuerwehrfahrzeuge und Nordseekrabben, die Liste der betroffenen Branchen und Produkte ist beinahe unbegrenzt. Fast immer zahlen dabei die Verbraucher drauf, weil die Preisaufläge meist bis zum Endprodukt durchgereicht werden.“

<https://www.tagesspiegel.de/politik/wirtschaftskriminalitaet-wie-schaedlich-sind-kartelle/7404152.html>

Die FAZ spricht vom „organisierten Verbraucherbetrug“. In einem Artikel aus dem Jahr 2009 heißt es:

„Die spektakulären Fälle häufen sich. Gerade hat die EU-Kommission Geldbußen von 622 Millionen Euro gegen ein Badewannen-Kartell ausgesprochen. Wenige Tage zuvor waren mehrere Brillenglashersteller an der Reihe, denen das Kartellamt 115 Millionen Euro aufgebremmt hat. Den bisherigen, vor Gericht allerdings noch umstrittenen, deutschen Bußgeldrekord hält mit 661 Millionen Euro ein Zementkartell. Allen Fällen ist die professionelle, gut organisierte Vorgehensweise gemeinsam. Moderne Kartellbrüder machen im großen Stil und in fest etablierten Strukturen „Preispolitik“ quer durch die jeweilige Branche. In „Gesprächskreisen“ oder „Arbeitsgruppen“ werden Absatzgebiete aufgeteilt, Rabatte und Boni vereinbart und „Preisempfehlungen“ ausgehandelt. Immer wieder dienen dabei die Branchenverbände als Transmissionsriemen oder stille Koordinatoren.“

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/kartelle-der-organisierte-verbraucherbetrug-17252.html>

Mit der Kritik an „überhöhten Preisen“, der Aufteilung von „Absatzgebieten“ etc., stehen leninistische Kritiker des „Monopolkapitalismus“ jedenfalls nicht allein! Bürgerliche Ökonomen, Politiker und Medien üben nahezu durchgängig Kritik an monopolistischer Praxis, die den „freien Wettbewerb“ behindert oder außer Kraft setzt ... zum Nachteil „der Verbraucher“, die dabei draufzahlen. Und diese bürgerliche Kritik an Monopolen schlägt sich auch nieder in Gesetzgebung und entsprechender

Rechtssprechung. Das begann schon 1890 mit dem Sherman-Antitrust-Act in der USA³ und ist heute gängige Praxis in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Eine vergleichbar allgemeine Kritik an der „freien Konkurrenz“ wird man im ökonomischen Mainstream der bürgerlichen Klasse jedenfalls nicht finden.⁴ Eher ist das Gegenteil der Fall: eine möglichst ungehinderter Konkurrenz wird als Allheilmittel gegen die Übel und das periodische Versagen der kapitalistischen Produktionsweise gepriesen. Allein bei möglichst freier Konkurrenz soll sich eine „natürlicher Preis“ bilden, der nicht „überhöht“ ist, und für reibungslosen und krisenfreien Warenabsatz sorgt. Die freie Konkurrenz gilt den bürgerlichen Ökonomen im Allgemeinen als sicheres Mittel gegen die Überproduktion.

Soweit gehen leninistische Kritiker des „Monopolkapitalismus“ natürlich nicht, aber auch sie fokussieren – soweit sie sich überhaupt in Ökonomiekritik im Sinne der marxischen Kritik der politischen Ökonomie auf der Basis der Arbeitswerttheorie üben - ihre „Kapitalismuskritik“ auf die monopolistische Praxis, skandalisieren Monopolpreise, die über dem Wert liegen und eine Monopolprofitrate, die über der Durchschnittsprofitrate liegt. Damit wird „Kapitalismuskritik“ zu einer systemimmanenten Kritik an der Verteilung von Mehrwert unter den Kapitalen, aus der jedoch nur die „revisionistische“ DKP folgerichtig die praktische Konsequenz ihrer verheißungsvollen „antimonopolistischen Demokratie“ mit dem Bündnis „aller nicht-monopolistischen Klassen und Schichten“ gezogen hat.

Die „wahrhaft revolutionären“ Marxisten-Leninisten dagegen interessiert eine Kritik der politischen Ökonomie auf der Basis der Arbeitswerttheorie kaum. Bei ihnen sucht man vergeblich nach einer einigermaßen ausformulierten Theorie von Monopolpreis und Monopolprofitrate und danach, wie die sich mit der Arbeitswerttheorie vertragen. Sie spitzen ihre Kritik ganz – wie schon ihr großer Lehrmeister Lenin – auf die Kritik am „Herrschaftsverhältnis und der damit verbundenen Gewalt“ der Monopole zu.

*„Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt - das ist das Typische für die „jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, das ist es, was aus der Bildung **allmächtiger wirtschaftlicher Monopole** unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.“ LW B. 22, S. 211*

Das reicht für die beständige Predigt von der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution nach dem Vorbild der „Oktoberrevolution“.

Das „wirtschaftliche Monopole“ **allmächtig** sind, darf mit gutem Grund genauso in Zweifel gezogen werden, wie die Behauptung, das nunmehr installierte „Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt“ seien **typisch** „für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, welche angeblich bereits zu Lenins Lebzeiten zu einem besonderen „höchsten und letzten Stadium des Kapitalismus“ geführt habe. Typisch war und blieb bis heute die Existenz der vielen Kapitale in allgemeiner Warenproduktion. Daran änderte auch monopolistische Praxis nichts und „allmächtig“ ist keins dieser wirtschaftlichen Monopole je geworden. Egal in welchem Produktionszweig es bestand. Darüber hinaus was das Kapital war immer ein mit Gewalt verbundenes Herrschaftsverhältnis. Diese Gewalt spielte aber im Lauf der Geschichte eine unterschiedlich Rolle. Sie war typisch und prägend während der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“. Sie spielt eine Rolle auch in der entwickeltsten kapitalistischen Produktionsweise, aber sie ist darin weder typisch noch prägend.⁵

3 https://de.wikipedia.org/wiki/Sherman_Antitrust_Act

4 Auch Keynes hat prinzipiell nichts gegen Privateigentum und die damit verbundene Konkurrenz einzuwenden. Seine Theorie zielt lediglich auf Korrekturen am Marktgeschehen.

Dies begründet einen wesentlichen Unterschied zwischen der spezifisch kapitalistischen Form der Aneignung von Mehrarbeit und der Ausbeutung in vorkapitalistischen Gesellschaften!

Die spezifisch kapitalistische Ökonomie mit ihrer Ausbeutung der Lohnarbeit ist gerade nicht geprägt von Gewalt. Auch wenn die Lohnarbeit Zwangsarbeit bleibt, wie Marx betont, so handelt es sich bei diesem Zwang doch in erster Linie um den stummen Zwang der Verhältnisse und nicht um die Anwendung von Gewalt. Die Aneignung der unbezahlten Mehrarbeit, die Aneignung von Mehrwert beruht nicht auf der Anwendung von Gewalt, auf die der moderne bürgerliche Staat ein Monopol beansprucht und durchsetzt. KapitalistInnen – ob „MonopolkapitalistInnen“ oder nicht - haben typischer Weise in einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft weder das Recht noch die Mittel zu einer gewaltsamen Aneignung von Mehrarbeit! Das ist ein feiner, aber wesentlicher Unterschied zwischen kapitalistischer und vorkapitalistischer Ausbeutung.

Braunsdorf/Löffler schreiben dagegen in ihrem Buch „Kapitalbegriff und Monopol“:

„...dem Kapitalismus ist zur Erreichung seiner Ziele jedes Mittel recht; er unterscheidet nicht in ökonomische und außerökonomische.“⁶ S.126

Und das in einem Buch, das Klarheit schaffen will über „Kapitalbegriff und Monopol“! Das Kapital kann mit Marx als „automatisches Subjekt“ bezeichnet werden, wenn man sich auf den Prozess der Verwertung von Wert bezieht. Davon zu unterscheiden wären die KapitalbesitzerInnen und ihre Verbände als Subjekte sowie ferner der bürgerliche Staat. Unter „Kapitalismus“ kann man sinnvoller Weise ein Gesellschaft verstehen, die von der kapitalistischen Produktionsweise geprägt wird. Unsinnig ist es, den „Kapitalismus“ als ein Subjekt zu bezeichnen, das nicht unterscheidet und dem jedes Mittel zur Erreichung „seiner Ziele“ recht ist. Wie Verwertung von Wert gerade ohne außerökonomische (Gewalt-) Mittel funktioniert, das zeigt die marxsche Analyse des Kapitals in überzeugender Klarheit. Die in der Ökonomie – also der kapitalistischen Produktionsweise - ausgeübte Herrschaft von KapitalistInnen beruht ausschließlich auf dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln, wovon die heutigen LohnarbeiterInnen zwar – aus historischer Sicht – gewaltsam ausgeschlossen wurden, dass sich aber typischer Weise gewaltlos reproduziert durch den Austausch von Ware Arbeitskraft gegen Kapital; dadurch, dass der Lohn als Preis für die Ware Arbeitskraft – gleich allen anderen Waren – bestimmt wird durch ihren Wert. Das Kapitalverhältnis entsteht als ein gewaltsamer Prozess der Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von den gegenständlichen Bedingungen ihrer Reproduktion. Die Produktionsmittel werden auf diese Weise von einer besonderen Klasse von Menschen monopolisiert, wie das noch nie in der Geschichte vorher der Fall war. Einmal in die Welt gesetzt, reproduziert sich dieses Monopol erweitert über den Markt, die Zirkulationssphäre, in der sich alle WarenbesitzerInnen als formal-rechtlich gleichgestellt begegnen. Es ist gerade dieses Monopol, was es zu kritisieren und zu brechen gilt!⁷ Der Kampf um soziale Emanzipation richtet sich gegen eine Produktionsweise, in deren Zentrum Mehrwert und Profit stehen. Er richtet sich nicht gegen einen

5 „...der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den „Naturgesetzen der Produktion“ überlassen bleiben, d.h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion.“ MEW Bd. 23, S. 765

6 Braunsdorf/Löffler „Kapitalbegriff und Monopol“, Verlag das europäische Buch 1976, S. 126

7 Es sei an dieser Stelle noch daran erinnert, dass in der modernen bürgerlichen Demokratie niemand durch Recht und staatliche Gewalt vom Privateigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen wird! Das Recht auf Privateigentum wird allgemein allen „BürgerInnen und Bürgern“ eingeräumt. Wenn dieses Recht nicht die Monopolisierung des Produktionsmittelbesitzes durch eine Minderheit verhindert, dann liegt das ausschließlich an ökonomischen Verhältnissen, in denen die Arbeitskraft ebenso allgemein zur Ware geworden ist.

tatsächlichen oder vermeintlichen „Monopolprofit“, der über einer tatsächlichen oder vermeintlichen Durchschnittsprofitrate liegt!

Für die Anhänger der leninschen Theorie vom „Monopolkapitalismus“ ist es heute geradezu typisch, dass jedes hochkonzentrierte, große Industriekapital als „Monopolkapital“ bezeichnet wird. Den Vogel dabei schießen die „revolutionärsten“ Verfechter dieser Theorie ab. Folgende Blüte kann man etwa in einem Beitrag zur „Klassenanalyse“ des „Kommunistischen Aufbaus“ lesen:

*„Deutschland ist im Gesamtgefüge des Weltkapitalismus heute ein imperialistisches, d.h. eines der führenden Länder, weil deutsche **Weltmonopole wie VW, Daimler, Allianz, Siemens u.a. die wichtigsten Weltmärkte zusammen mit Kapitalisten aus anderen Ländern unter sich aufgeteilt haben.** Im **Zentrum des deutschen Kapitalismus stehen die Monopole der Automobilindustrie** als wichtigstem Industriezweig, dem die Chemieindustrie und der Maschinenbau an Relevanz folgen. Die Produktion in diesen Industriebereichen ist heute in der Form globaler Produktionsketten organisiert: Weltmonopole wie VW, die am Ende einer solchen Produktionskette stehen und diese kontrollieren, entwerfen die Produkte (z.B. Autos) nur noch und fertigen die technologisch anspruchsvollsten Teile (z.B. Motoren), während weitere Komponenten und Teile auf verschiedenen Stufen von kleineren Unternehmen gefertigt werden, die über die gesamte Welt verteilt sein können. **Die Zulieferbetriebe umfassen Unternehmen, die selbst Weltmonopole sind (z.B. Bosch) bis hin zu Hinterhofbetrieben in Slums, in denen Kleinteile produziert werden. Auf allen Stufen der Produktionskette besteht die Tendenz zur Monopolisierung. Letzlich stehen aber alle Unternehmen, auch wenn sie formal eigenständig sind, unter der Kontrolle der Weltmonopole an der Spitze.**“ S. 5*

<http://www.trend.infopartisan.net/trd1218/t051218.html>

Werfen wir mal einen kurzen Blick auf „das Zentrum des deutschen Kapitalismus“, die „Monopole der Autoindustrie“, die angeblich „mit Kapitalisten aus anderen Ländern“ die Weltmärkte unter sich aufgeteilt haben.

1. Spiegel Online hat gerade Zahlen über die Absatzentwicklung auf dem wichtigen us-amerikanischen Markt veröffentlicht.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/volkswagen-vw-steigert-usa-verkaeufe-deutlich-daimler-und-bmw-im-minus-a-1246366.html>

Danach hat VW im letzten Jahr 4,2% mehr Autos verkauft. (Trotz „Dieselskandal“!!) GM (1,6% Minus), Ford (3,5% Minus), und auch Mercedes (5,3% Minus) und Audi (1,4% Minus) haben alle verloren. Ist das ein Ergebnis der Konkurrenz dieser großen Einzelkapitale oder ein Produkt von Kartellabsprachen über Marktanteile? Sollte gar VW fast allen anderen „Weltmonopolen“ sinkende Marktanteile aufgezwungen haben, die sie in Konferenzen abgenickt haben?

2. Beim Online-Magazin „Quest Trend“ kann man nachlesen, wie groß die Marktanteile der wichtigsten Automobilkonzerne weltweit waren (2016) und wie sie sich entwickelt und verändert haben.

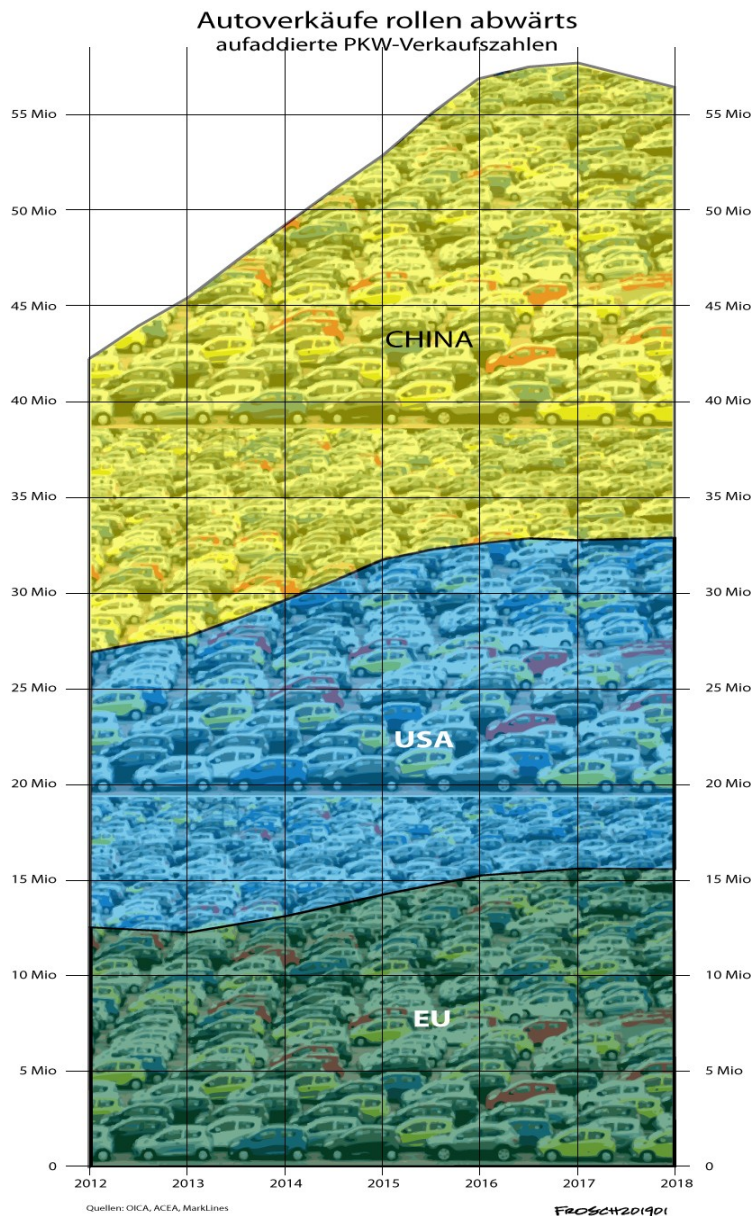
<https://www.quest-trendmagazin.de/automobilindustrie/internationalisierung.html>

Die folgende Grafik zeigt die Marktanteile weltweit und für den chinesischen Markt:

Ranking der 10 stärksten Automobil-Produzenten in China 2016 Welt und China	Marktanteile		Produktion in China 2016	Produktion in China 2000
	Welt	China		
Toyota	10,8%	3,8%	10,5%	0,0%
VW	10,7%	13,9%	38,5%	6,2%
Hyundai	8,3%	6,5%	23,2%	0,0%
GM	8,2%	6,7%	24,1%	0,4%
Ford	6,8%	3,6%	15,6%	0,4%
Nissan	5,9%	4,7%	23,8%	0,0%
Honda	5,3%	4,3%	24,2%	1,3%
Fiat	4,9%	0,3%	1,9%	0,0%
Renault	3,6%	0,1%	1,0%	0,02%
PSA	3,3%	2,2%	19,2%	1,9%
Marktanteile 10 Produzenten	67,8%	46,0%	Ø 18,2%	Ø 1,0%
Quelle: Organisation Internationale des Constructeurs d' Automobiles, Paris, 2018; www.oica.net. Marktanteile berücksichtigen PKW, LKW und Busse. Eigene Berechnungen.				

Diese Verteilung der Marktanteile soll das Ergebnis einer Zusammenarbeit sein („zusammen ... unter sich aufgeteilt“) und nicht Ergebnis der Konkurrenz? Wenn das keine absurde „Verschwörungstheorie“ ist, was dann? Irgend einen Nachweis über die Existenz eines „Autokartells“ und dessen Absprachen über die Aufteilung des Marktes hält man ja nicht für nötig. Es genügt die Tatsache, dass nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Konzernen Autos für den Weltmarkt produzieren, und unterschiedliche Anteile an diesem Markt haben.

3. Zwischen 2012 und 2017 stieg die Zahl der verkauften Autos vor allem in China, aber auch in den USA und der EU. Seitdem sinken die Verkaufszahlen in China und in den beiden anderen großen Märkten stagnieren sie.



Nach der Monopoltheorie – also bei „**monopolistischer Regulierung der Produktion und Beherrschung des Marktes**“ (Breuer) müssten die rückläufigen Verkäufe das Ergebnis einer bewussten Einschränkung der Produktion sein. Um Monopolpreise zu verteidigen und weiter zu realisieren, hätten sich danach die „Weltmonopole“ der Autoindustrie „zusammen“ zu einer solchen Produktionseinschränkung entschieden. Dies müsste die Ursache für die rückläufigen Verkaufszahlen sein, wenn das Monopol an die Stelle der freien Konkurrenz getreten wäre, wie Lenin behauptet. Nach der allgemeinen Kapitaltheorie von Marx sind solche rückläufigen Verkaufszahlen in einem bestimmten Produktionszweig - oder allgemein - hingegen Resultat der Überakkumulation von Kapital in diesem Produktionszweig oder allgemein. Diese Überakkumulation erscheint auf dem Markt – in der

Zirkulationssphäre - als Überproduktion von Waren miteinander konkurrierender Kapitale. (vergl. mein Manuskript zu den periodisch wiederkehrenden Krisen.)

Die Begriffsverwirrung der wahrhaft revolutionären Marxisten-Leninisten könnte größer kaum sein, sprechen sie doch ständig von einer Mehrzahl von Monopolen innerhalb eines Produktionszweigs, gar „Weltmonopolen“. Dagegen muss man selbst Lenin in Schutz nehmen. Der hielt folgende „Ergebnisse der Geschichte der Monopole“ fest:

- 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen.*
- 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind.*
- 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900-1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden. Die Kartelle vereinbaren Verkaufsbedingungen, Zahlungstermine u.a. **Sie verteilen die Absatzgebiete untereinander.** Sie bestimmen die Menge der zu erzeugenden Produkte. Sie setzen die Preise fest. Sie verteilen den Profit unter die einzelnen Unternehmungen usw.“ LW Bd. 22, S. 206*

Lenin wusste noch, dass da, wo in einem Produktionszweig mehrere Kapitale unterwegs sind, ein Monopol nur durch Kartellbildung erzeugt werden kann. Er benutzt hier einen Monopolbegriff, wie man ihn auch im Duden nachlesen kann:

1. Vorrecht, **alleiniger** Anspruch, **alleiniges** Recht, besonders auf Herstellung und Verkauf eines bestimmten Produktes
2. (Wirtschaft) **marktbeherrschendes Unternehmen oder Unternehmensgruppe**, die auf einem Markt als **alleiniger** Anbieter oder Nachfrager auftritt und damit die Preise diktieren kann

Das macht Sinn; jedenfalls dann, wenn man das Monopol als Gegensatz zur Konkurrenz versteht! Von „Weltmonopolen“ in der Autoindustrie zu sprechen, macht danach überhaupt keinen Sinn. Und solange es mehrere verschiedene Industriekapitale gibt, die Autos für den Weltmarkt produzieren, könnte ein Weltmonopol überhaupt nur durch ein solches Kartell entstehen, indem sich alle oder die wichtigsten Autokonzerne der Welt zusammentun, um etwa die Absatzmärkte untereinander zu verteilen, Produktionsmengen festlegen, etc.. Man muss – ohne jeden Nachweis – schon fest an seine „Monopoltheorie“ glauben, wenn man von der Existenz eines solchen Kartells ausgeht. Ohne Nachweis aber kann man nur staunen, in welchen Proportionen/Prozentanteilen die „Weltmonopole“ die Märkte unter sich aufteilen und warum manche dieser allmächtigen „Weltmonopole“ es so einfach zulassen, dass ihr Anteil am US-Markt sinkt und der von VW steigt. Was auf Basis der Konkurrenz leicht zu erklären ist, wird auf Basis der behaupteten Aufteilung, die die „Weltmonopole“ zusammen vorgenommen haben sollen, zu einem großen Rätsel.

Das Monopol soll nach Auffassung der Klassenanalytiker vom „Kommunistischen Aufbau“ aber darin bestehen, dass große Kapitale ihre Lieferketten beherrschen, auch wenn es unter den Lieferanten selbst wieder angebliche „Weltmonopole“ - wie etwa Bosch - gibt. Offenbar diktieren dann „Monopole“ andern „Monopolen“ Preise und Lieferbedingungen.⁸

⁸ Was uns diese Marxisten-Leninisten hier im Übrigen präsentieren, wäre eine Nachfragemonopol. Dessen Wirksamkeit bestünde darin, dass den Lieferanten nicht Preise diktiert werden, die über dem Wert liegen, sondern darunter. Zur Umverteilung des Mehrwertes zugunsten der Monopole schreibt Breuer in „Zur politischen Ökonomie des Monopols“:

Die großen Autokonzerne haben es aber nicht nur mit Bosch zu tun, sondern auch mit den Großen der Reifenproduktion oder der Blechproduktion. Die Einzelhandelsriesen – Discounter wie Aldi oder Lidl – haben es mit den großen Kapitalen der Lebensmittelindustrie zu tun - Nestle, Unilever etc. -. usw. Man darf Zweifel haben, ob etwa ein einzelner Autokonzern wie VW den „Weltmonopolen“ der Stahlindustrie, der Reifenproduktion oder auch Bosch kraft seiner Macht und Herrschaft Preise diktieren kann. Womöglich gar unter Einsatz von Gewalt, weil ihnen jedes Mittel recht ist? Ähnliche Zweifel dürften angebracht sein in Bezug auf die Fähigkeit der großen Discounter, ihren großen Lieferanten Niedrigpreise zu diktieren. Umgekehrt gelten diese Zweifel auch für die Fähigkeit zum Diktat von hohen Monopolpreisen seitens der großindustriellen Lieferanten.

Monopol und allgemeine Kapitaltheorie von Marx

Im Rahmen seiner Akkumulationstheorie in Band 1 des „Kapital“ argumentiert Marx wie folgt:

„Im Maß wie die kapitalistische Produktion und Akkumulation, im selben Maß entwickeln sich Konkurrenz und Kredit, die beiden mächtigsten Hebel der Zentralisation. Daneben vermehrt der Fortschritt der Akkumulation den zentralisierbaren Stoff, d.h. die Einzelkapitale, während die Ausweitung der kapitalistischen Produktion, hier das gesellschaftliche Bedürfnis, dort die technischen Mittel jener gewaltigen industriellen Unternehmungen schafft, deren Durchführung an eine vorgängige Zentralisation des Kapitals gebunden ist. Heutzutage ist also die gegenseitige Attraktionskraft der Einzelkapitale und die Tendenz zur Zentralisation stärker als je zuvor. Wenn aber auch die relative Ausdehnung und Energie der zentralisierenden Bewegung in gewissem Grad bestimmt ist durch die schon erreichte Größe des kapitalistischen Reichtums und die Überlegenheit des ökonomischen Mechanismus, so hängt doch der Fortschritt der Zentralisation keineswegs ab von dem positiven Größenwachstum des gesellschaftlichen Kapitals. Und dies speziell unterscheidet die Zentralisation von der Konzentration, die nur ein anderer Ausdruck für die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter ist. Die Zentralisation kann erfolgen durch bloße veränderte Verteilung schon bestehender Kapitale, durch einfache Veränderung der quantitativen Gruppierung der Bestandteile des gesellschaftlichen Kapitals. Das Kapital kann hier zu gewaltigen Massen in einer Hand anwachsen, weil es dort vielen einzelnen Händen entzogen wird. In einem gegebenen Geschäftszweig hätte die Zentralisation ihre äußerste Grenze erreicht, wenn alle darin angelegten Kapitale zu einem Einzelkapital verschmolzen wären. In einer gegebenen Gesellschaft wäre diese Grenze erreicht erst in dem Augenblick, wo das gesamte gesellschaftliche Kapital vereinigt wäre in der Hand, sei es eines einzelnen Kapitalisten, sei es einer einzigen Kapitalistengesellschaft.“ MEW Bd. 23, S. 655, 656

Das Monopol erscheint hier als eine Tendenz, die sich aus der Zentralisation des Kapitals ergibt und jeweils ihre Grenze erreicht, wenn alles Kapital eines Produktionszweiges zu einem Einzelkapital verschmolzen wäre oder wenn das gesamte gesellschaftliche Kapital in einer Hand vereinigt wäre.

„Prinzipiell ist dies in zweifacher Richtung möglich: zum einen auf der Bezugsseite des monopolistischen Unternehmens durch das Diktat eines monopolistischen Niedrigpreises gegenüber abhängigen Lieferanten, zum anderen auf der Absatzseite durch Fixierung hoher Monopolpreise gegenüber kleinen Produzenten und anderen Kapitalisten ... oder gegenüber der Gesamtheit der Konsumenten, die sie auf einen Teil ihres Einkommens verzichten müssten.“ S. 83

Wären VW, Daimler etc. tatsächlich in der Lage, auf Grund ihrer Monopolstellung, die Verkaufspreise für Autos systematisch und dauerhaft über dem Wert zu halten und die Einkaufspreise für Vorprodukte unter dem Wert, dann müsste ihre Profitrate – bildlich gesprochen - „durch die Decke gehen“. Dass das nicht der Fall ist, wird deutlich, wenn man sich auch hier wieder etwas mit Empirie beschäftigt. (vergl. dazu mein Manuskript über Akkumulation, Profitrate und Profitmasse.)

Im Gegensatz zu dieser marxschen Position, wonach das Monopol aus der Zentralisation erwächst, beruht es bei Lenin bereits auf der „Konzentration der Produktion“. Er schreibt:

*„Vor einem halben Jahrhundert, als Marx sein „Kapital“ schrieb, erschien der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen die freie Konkurrenz als ein „Naturgesetz“. Die offizielle Wissenschaft versuchte das Werk von Marx totzuschweigen, der durch seine theoretische und geschichtliche Analyse des Kapitalismus bewies, daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das Monopol ist jetzt zur Tatsache geworden. Die Ökonomen schreiben Berge von Büchern, beschreiben die einzelnen Erscheinungsformen des Monopols und verkünden nach wie vor einstimmig, daß der „Marxismus widerlegt“ sei. Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt ein englisches Sprichwort, und man muß ihnen wohl oder übel Rechnung tragen. Die Tatsachen zeigen, daß die Unterschiede zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern, z. B. in bezug auf Schutzzoll oder Freihandel, bloß unwesentliche Unterschiede in der Form der Monopole oder in der Zeit ihres Aufkommens bedingen, während die **Entstehung der Monopole infolge der Konzentration der Produktion** überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium ist.“* LW Bd. 22, S. 16

Wenn die Entstehung von Monopolen Folge der Konzentration der Produktion⁹ ist, also seiner erweiterten Reproduktion, dann liegt es nahe, jedes Kapital ab einer bestimmten Größe als „Monopolkapital“ zu bezeichnen. Was jedoch tatsächlich an das Monopol heranführt, ist die Zentralisation des Kapitals durch *„bloß veränderte Verteilung schon bestehender Kapitale, durch einfache Veränderung der quantitativen Gruppierung der Bestandteile des gesellschaftlichen Kapitals“*.

Die Grenzen dieses Zentralisationsprozesses benennt Marx eindeutig sowohl in Bezug auf einen Produktionszweig, wie auf eine Nationalökonomie. Diese Grenze ist das Monopol sowohl innerhalb eines Produktionszweiges, wie innerhalb einer Nationalökonomie und wäre in Reinheit verwirklicht, wenn jeweils nur noch ein Einzelkapital, eine Kapitalgesellschaft übrig wäre. Ein solches Monopol in einer Nationalökonomie bedeutete zugleich das Ende des Wertgesetzes, dessen Wirkungsweise immer an die Existenz der vielen Kapital und an deren Konkurrenz gebunden ist. Das wäre somit auch das Ende der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise in diesem Land, wie Marx sie charakterisiert hat.

In *„Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“* heißt es bei Marx:

*„Mit der **beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten**, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. **Das Kapitalmonopol** wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. **Die Zentralisation der Produktionsmittel** und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird*

9 Was bei Marx mit „Konzentration der Produktion“ gemeint ist, ist die Konzentration der Produktionsmittel als Kapital. Die beginnt in der sogenannten ursprünglichen Akkumulation mit der Trennung der unmittelbaren ProduzentInnen von den Produktionsmitteln und stellt dadurch das „Kapitalmonopol“ auf Produktionsmittel her. Sie setzt sich fort als Akkumulation, erweiterte Reproduktion, durch die das Kapital selbst die Produktionsmittel mehrt und eine wachsende Zahl von LohnarbeiterInnen ausbeutet. Dieser Prozess führt nicht direkt an die Monopole heran, von denen in der Imperialismustheorie die Rede ist!

gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“ ebenda S. 790, 791

Das ist die optimistische Variante in Bezug auf die „geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“. Wie wir aus der wirklichen Geschichte bis heute wissen, ist „*die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse*“ nicht im gleichen Maße gewachsen, wie die Vorteile der kapitalistischen Produktionsweise durch eine „*beständig abnehmende Zahl der Kapitalmagnaten*“ usurpiert und monopolisiert wurden. Das liegt nicht zuletzt daran, dass LohnarbeiterInnen an manchen Vorteilen der kapitalistischen Produktionsweise ihren Anteil erkämpft und zugestanden bekommen haben.

Wir wissen heute auch, dass die Unverträglichkeit der Zentralisation der kapitalistischen Produktionsmittel und der Vergesellschaftung der Arbeit immer wieder und auf verschiedenste Weise ihre systemimmanente Lösung finden – mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln. (Zu letzteren zählen etwa Faschismus und Krieg.)

Wenn man das abgeschmackte Gerede über die angebliche Allmacht der wirtschaftlichen Monopole mal beiseite lässt und sich fragt, was Monopole denn **ökonomisch** bewirken, welche Bedeutung sie in Bezug auf das Wertgesetz haben, dann geht es um Monopolpreis und Monopolprofit; also um Preise, die dauerhaft über dem Produktionspreis liegen - „überhöht“ sind - und um eine Profitrate, die dauerhaft über der Durchschnittsprofitrate liegt. **Monopole bedeuten ökonomisch eine Störung von Ausgleichsprozessen, die durch das Wertgesetz bestimmt werden.**

Nimmt man den von Marx angesprochenen Grenzfall, dass das gesamte gesellschaftliche Kapital in einer Hand zentralisiert ist, dann wird darin sogleich die Grenze für Monopolpreis und Monopolprofit im Rahmen einer Arbeitswerttheorie deutlich: Die Preise dieses Monopols wären in Summe bestimmt durch die Größe des Wertes und der Profit würde exakt der Mehrwertmasse entsprechen. Die Preissumme die das Monopol realisierte hätte nichts mehr zu tun mit einem „überhöhten“ Monopolpreis und der Profit dieses Monopols hörte auf Monopolprofit im Sinne eines dauerhaften „Extraprofits“ zu sein.

Sofern es überhaupt einen Sinn macht von Monopolpreis und Monopolprofit zu reden, setzen beide die Allgemeinheit der Konkurrenz oder die Existenz der vielen Kapitale voraus. Monopole können insofern niemals typisch werden für die kapitalistische Produktionsweise und sie charakterisieren. Monopolpreis und Monopolprofit meinen ja die systematisch über dem Wert liegende Preise für Waren des „Monopolkapitals“ und die systematisch über der Durchschnittsprofitrate liegende Profitrate des „Monopolkapitals“. Maßstab für den Monopolpreis sind Warenpreise, die um den Wert schwanken und Maßstab für eine Monopolprofitrate ist eine Durchschnittsprofitrate, die auf Produktionspreisen beruht. Monopolpreise und Monopolprofitrate können also immer nur Sonderfälle in allgemeiner Konkurrenz sein.

Folgt man Marx, dann sind Einzelkapitale der „zentralisierbare Stoff“ und diese Einzelkapitale werden **vermehrt** durch die Entwicklung von kapitalistischer Produktion und Akkumulation. Als Hebel der Zentralisation gelten ihm Konkurrenz und Kredit.

In Band 3 des „Kapital“ geht Marx dann näher auf die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion ein und kommt in diesem Zusammenhang auf Aktienkapital und Monopol zu sprechen. Da heißt es zunächst:

„III . Bildung von Aktiengesellschaften. Hierdurch:

1. Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. **Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.**

2. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von **Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital**, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.“ S. 452

Lenin meinte im Gegensatz dazu - „belegt“ durch die Entwicklung des deutschen Kapitalismus und speziell des Kriegskapitalismus in Deutschland - , dass gerade die „Regierungsunternehmen“ die höhere Form darstellen, nämlich als „Staatsmonopol“ zu dem sich das Monopol angeblich entwickeln soll. (Die Reichspost galt ihm als Muster dafür.) Die tatsächliche Entwicklung ist bzw. war anders. Aus „Staatsmonopol“ wurde und wird „Gesellschaftskapital“. Das lässt sich gerade gut an der Entwicklung des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg illustrieren. Das „Staatsmonopol“ erscheint noch immer als ein probates Mittel für „nachholende Industrialisierung“. Es ist Mittel, um die absolute Vorherrschaft eines oder mehrerer Länder mit entwickelter Industrie zu brechen. Auf Basis der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise dagegen verlangt gerade das Anlage suchende „Finanzkapital“, dessen Herrschaft Lenins Jünger betonen, dass staatliche Produktion und Dienstleistungen dem „freien Markt“ übergeben werden, also „Regierungsunternehmen“ privatisiert werden. Die weitere, langfristige Entwicklung in China etwa wird erneut ein Probe aufs Exempel sein. Das „Staatsmonopol“ in China war und ist ein Mittel zu „nachholender Industrialisierung“ und eröffnet den Weg zu einer entwickelten kapitalistischen Produktionsweise. Wird dieser Weg weiter beschritten, dann folgen daraus weitere Privatisierungen, die Umwandlung von „Regierungsunternehmen“ in Gesellschaftskapital. (Es handelt sich dabei selbstverständlich nicht um Entwicklungen „von heute auf morgen“, sondern um langfristige Entwicklungstendenzen.)

Folgendes „**ökonomisch Wichtige**“ hält Marx dann zu diesen modernen Aktiengesellschaften („Gesellschaftskapital“) fest:

„Da der Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie bloßen Zins abwerfen, und es ist dies **einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten**, indem diese Unternehmungen, wo das konstante Kapital in so ungeheurem Verhältnis zum variablen steht, **nicht notwendig in die Ausgleicheung der allgemeinen Profitrate eingehn. ...**

Es ist dies die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. **Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die Staatseinmischung heraus.** Er reproduziert eine neue Finanzaristokratie, eine neue Sorte Parasiten in Gestalt von Projektenmachern, Gründern und bloß nominellen Direktoren; ein ganzes System des Schwindels und Betrugs mit Bezug auf Gründungen, Aktiengänge und Aktienhandel. Es ist Privatproduktion ohne die Kontrolle des Privateigentums.“ MEW Bd. 25, S. 453, 454

Neben dem Zins, den diese großen Kapitale abwerfen, gibt es aber heute noch einen anderen Grund, weshalb diese Kapitale nicht notwendig in die Ausgleichung der Profitrate eingehen.

Sie gehen auch deshalb in diese Ausgleichung im Rahmen einer Nationalökonomie nicht ein, weil das **Kapital nicht notwendig in Produktionszweige mit höherer Profitrate abwandert, sondern innerhalb dieses Produktionszweiges in andere Länder ausweicht, wo höhere Profitrate winkt.** (vergl. Dazu mein Manuskript „Die Multis und die Profitrate“) Die Tendenz der Ausgleichung zu einer Durchschnittsprofitrate in einer Nationalökonomie kommt ja nur durch diese Wanderung des Kapitals zustande.

Ferner gilt für diese großen Kapitale, dass Profitmasse die sinkende Profitrate bis zu einem gewissen Punkt kompensiert, was dem Zwang für das Kapital, den Produktionszweig zu wechseln, abschwächt. Wäre das nicht der Fall, dann wäre die Bewegung weg aus Produktionszweigen mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals in solche mit niedriger organischer Zusammensetzung – im Rahmen einer Nationalökonomie - gerade heute eine besonders auffällige gar dominierende Erscheinung. (siehe dazu mein entsprechendes Arbeitsmanuskript.) Eine „Strukturkrise“ würde die nächste jagen.

Marx spricht hier auch davon, dass das Monopol die Staatseinmischung herausfordert, ohne sich weiter darauf einzulassen, wie diese Staatseinmischung aussieht.

Die Staatseinmischung kann grundsätzlich so aussehen, dass sie die Monopolisierung fördert (etwa durch die Rechtsprechung im „Deutschen Reich“), gar das Monopol in Staatsmonopol verwandelt, oder ihr Schranken setzt. Eine Staatseinmischung – wie ich sie bereits angesprochen habe - die der Monopolisierung Schranken setzt, spielt aber in der Theorie des „Monopolkapitalismus“ keine Rolle, weil sie eher den Fluss der Argumentation stört.

Später im von Engels zusammengestellten und redigierten „Kapital“ Bd. 3, in „Der Schein der Konkurrenz“, geht Marx näher auf „die Störung der Verteilung des Mehrwertes“ durch Monopolpreise ein:

„Findet endlich die Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit in den verschiedenen Produktionssphären ein Hindernis an künstlichen oder natürlichen Monopolen, und speziell am Monopol des Grundeigentums, so daß ein Monopolpreis möglich würde, der über den Produktionspreis und über den Wert der Waren stiege, auf die das Monopol wirkt, so würden die durch den Wert der Waren gegebenen Grenzen dadurch nicht aufgehoben. Der Monopolpreis gewisser Waren würde nur einen Teil des Profits der andern Warenproduzenten auf die Waren mit dem Monopolpreis übertragen. Es fände indirekt eine örtliche Störung in der Verteilung des Mehrwerts unter die verschiedenen Produktionssphären statt, die aber die Grenze dieses Mehrwerts selbst unverändert ließe. Ginge die Ware mit Monopolpreis in den notwendigen Konsum des Arbeiters ein, so würde sie den Arbeitslohn erhöhen und dadurch den Mehrwert vermindern, falls der Arbeiter nach wie vor den Wert seiner Arbeitskraft bezahlt erhielte. Sie könnte den Arbeitslohn unter den Wert der Arbeitskraft herabdrücken, aber dies nur, soweit jener über der Grenze seines physischen Minimums stände. In diesem Falle würde der Monopolpreis durch Abzug am realen Arbeitslohn (d. h. der Masse der Gebrauchswerte, die der Arbeiter durch dieselbe Masse Arbeit erhielte) und an dem Profit der andern Kapitalisten bezahlt. Die Grenzen, innerhalb deren der Monopolpreis die normale Regulierung der Warenpreise affizierte, wären fest bestimmt und genau berechenbar. Wie also die Teilung des neu zugesetzten und überhaupt in Revenue auflösbaren Werts der Waren in dem Verhältnis zwischen notwendiger und Mehrarbeit, Arbeitslohn und Mehrwert, ihre gegebenen und regulierenden Grenzen findet, so wieder die Teilung des Mehrwerts selbst in Profit und Grundrente in den Gesetzen, die die Ausgleichung der Profitrate regeln. Bei der Spaltung in Zins und

Unternehmergewinn bildet der Durchschnittsprofit selbst die Grenze für beide zusammen. Er liefert die gegebne Wertgröße, worin sie sich zu teilen haben und allein teilen können. Das bestimmte Verhältnis der Teilung ist hier zufällig, d . h . ausschließlich durch Konkurrenzverhältnisse bestimmt. Während sonst die Deckung von Nachfrage und Zufuhr gleich ist der Aufhebung der Abweichung der Marktpreise von ihren regulierenden Durchschnittspreisen, d . h . der Aufhebung des Einflusses der Konkurrenz, ist sie hier das allein Bestimmende. Aber warum?

Weil derselbe Produktionsfaktor, das Kapital, den ihm zufallenden Teil des Mehrwerts unter zwei Besitzer desselben Produktionsfaktors zu teilen hat.

Daß aber hier keine bestimmte, gesetzmäßige Grenze für die Teilung des Durchschnittsprofits stattfindet, hebt seine Grenze als Teil des Warenwerts nicht auf; sowenig wie der Umstand, daß zwei Associates eines Geschäfts, durch verschiedene äußere Umstände bestimmt, den Profit ungleich teilen, die Grenzen dieses Profits irgendwie affiziert.“ S. 868, 869

Sofern es also überhaupt einen Sinn macht von der wirtschaftlichen Allmacht von Monopolen zu reden, kann sich diese „Allmacht“ allenfalls darauf beziehen, dass es „keine bestimmte gesetzmäßige Grenze für die **Teilung** des Durchschnittsprofits“ gibt. (Ich gehe aber weiter unten noch darauf ein, dass es meiner Meinung nach auch hier Grenzen gibt.) Daraus folgt keine „Allmacht“ in Bezug auf die Höhe des „Tributs“, den die Monopole angeblich der Gesamtgesellschaft auferlegen.

Interessant ist auch, wie Marx die ökonomische Wirkung des Monopolpreises auf die Löhne diskutiert.

- Wirkungsmöglichkeit 1 wäre danach eine Erhöhung der Löhne, die den Mehrwert mindert.
- Wirkungsmöglichkeit 2 bestünde darin, dass der reale Lohn unter den Wert gedrückt wird. (Diese Möglichkeit existiert nur, sofern der Wert der Ware Arbeitskraft über dem physischen Minimum liegt.)

Das Marx-Zitat kennen die marxkundigen Theoretiker des Monopolkapitalismus natürlich auch. Wilhelm M. Breuer kommentiert es dann in „*Zur politischen Ökonomie des Monopols*“ wie folgt:

*„Der Druck der Monopole auf den Reallohn der Arbeiterklasse, ist also um so eher zu erwarten, je mehr zur Reproduktion der Arbeitskraft mehr als die bloße physische Existenzhaltung gehört. Insbesondere in unserer Zeit ist **daher** der Monopolprofit nicht allein als Abzug vom Profit anderer Kapitale – letztlich also **lediglich als eine andere Form der Profitverteilung** zwischen den verschiedenen Kapitalisten – zu sehen, sondern **muß mehr und mehr als ein Tribut begriffen werden, den die gesamte Bevölkerung an die Monopole zu entrichten hat.**“* S. 83, 84

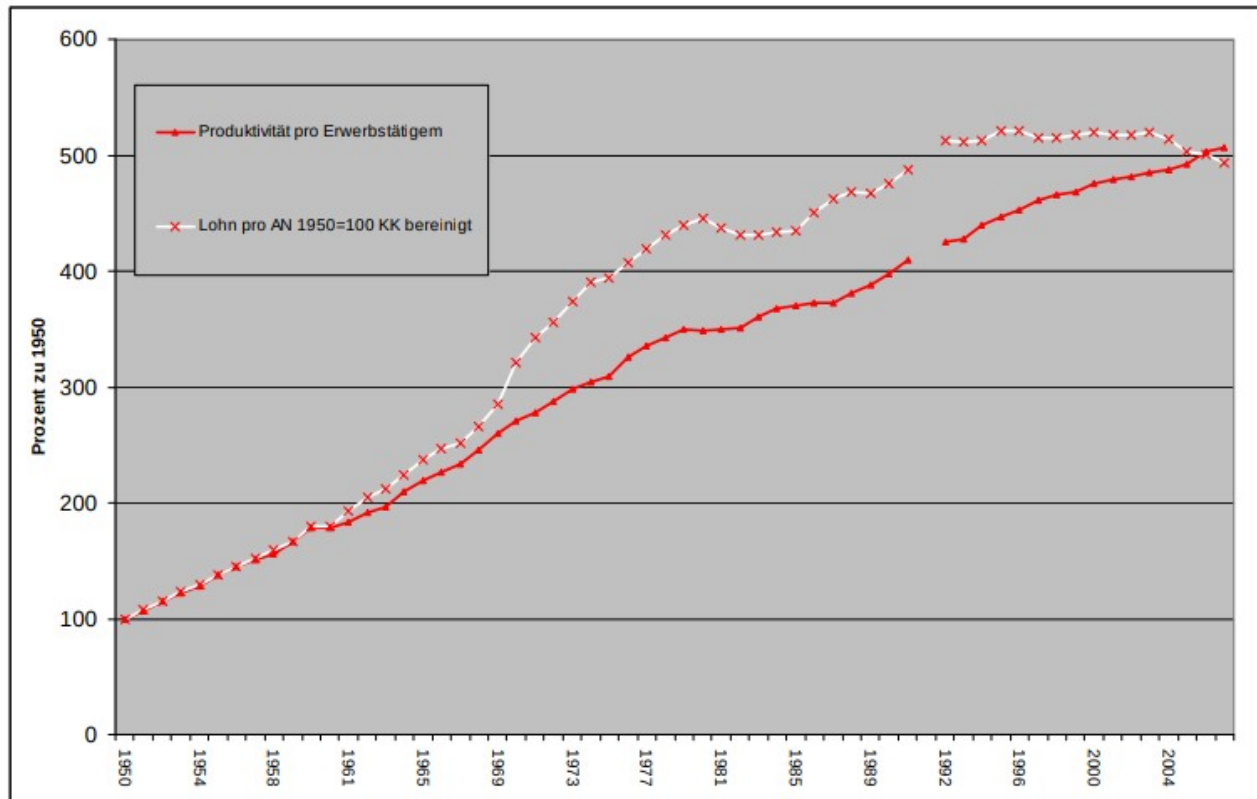
Wäre der Monopolprofit „lediglich eine andere Form der Profitverteilung“, könnte das schließlich den LohnarbeiterInnen ziemlich gleichgültig sein. Um sie ins Boot des antimonopolistischen Bündnisses zu holen, betont man daher den „Tribut“, den auch die LohnarbeiterInnen in Form der Monopolpreise zu entrichten hätten. So macht die Fokussierung auf die Kritik am „Monopolkapital“ dann wenigstens politisch einen Sinn.

Die von Marx erwähnte 1. Wirkungsmöglichkeit, dass der Monopolpreis Lohnerhöhungen nach sich zieht, die den Mehrwert mindern und damit den Monopolprofit in Frage stellen, wird überhaupt nicht in Erwägung gezogen. Es handelt sich hier offenbar um ein bloß monopoltheoretisch interessierte Interpretation dessen, was Marx da geschrieben hat.

Nehmen wir also einmal an, für den Nachkriegskapitalismus in Deutschland seien Monopole und Monopolpreise typisch gewesen, auch für die Konsumtionsmittel, die in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingingen.

Es kann wohl niemand allen Ernstes behaupten, während der gesamten Periode nach dem 2. Weltkrieg hätten Monopolpreise beständig dazu geführt, dass die Masse der Gebrauchswerte, die in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft eingingen, sich vermindert hätte, oder gar die Löhne unter den Wert der Ware Arbeitskraft gedrückt worden wären. Die Reallöhne sind über viele Jahre beständig gestiegen. Der Wert der Ware Arbeitskraft hat sich zunehmend vom physischen Minimum entfernt.

Lohnentwicklung kaufkraftbereinigt



http://www.soeb.de/fileadmin/redaktion/downloads/soeb_arbeitspapier_2008_4_lohnentwicklung_und_internat_vergleich.pdf

Es besserte sich die Ernährung, die Kleidung, die Wohnungsausstattung usw., usf.. Eine beständig wachsende Vielfalt von Gebrauchswerten ging in die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ein. Voraussetzung dafür war sowohl die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wie auch das stetige Steigen der Reallöhne. Wir hätten es also – unter der Voraussetzung, dass Monopole und Monopolpreise typisch gewesen wären – zweifellos mit der ersten Wirkungsmöglichkeit zu tun, von der Marx spricht. Von einem besonderen „Tribut“, der der ArbeiterInnenklasse auferlegt worden sei, kann in Anbetracht des tatsächlichen „Abzugs vom Mehrwert“ durch die Lohnsteigerungen jedoch kaum die Rede sein.

Der im Zuge der Kapitalakkumulation – seit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 - tatsächlich sich verstärkende Druck auf die Löhne hatte nichts mit Monopolpreisen zu tun. Dieser Druck verstärkte sich sogar am spürbarsten, als die Preissteigerungsraten für die Verbraucherpreise immer geringer wurden und eher Deflation drohte. Er entstand vor allem – wie schon von Marx in der allgemeinen Kapitaltheorie herausgearbeitet - durch eine sich progressiv aufbauende industrielle Reservearmee. Der Abzug am realen Arbeitslohn wurde nicht indirekt durch Monopolpreise bewirkt, sondern direkt durch den zunehmenden „stummen Zwang der Verhältnisse“ und durch staatlichen Zwang auch Niedrigslöhne zu akzeptieren. Es muss nicht weiter betont werden, dass besonders die „antimonopolistischen“ Bündnisbrüder und -schwestern der Klein- und Mittelbetriebe – und nicht „die Monopole“ - die Vorkämpfer für diese Niedrigslöhne waren und sind. In den Betrieben des angeblichen „Monopolkapitals“ sind die Löhne noch immer am höchsten! Niedrige Reallöhne sind jedenfalls nicht in erster Linie oder **typischer Weise** Produkt einer Inflation, die sich „monopolistischen Preisen“ verdankt.

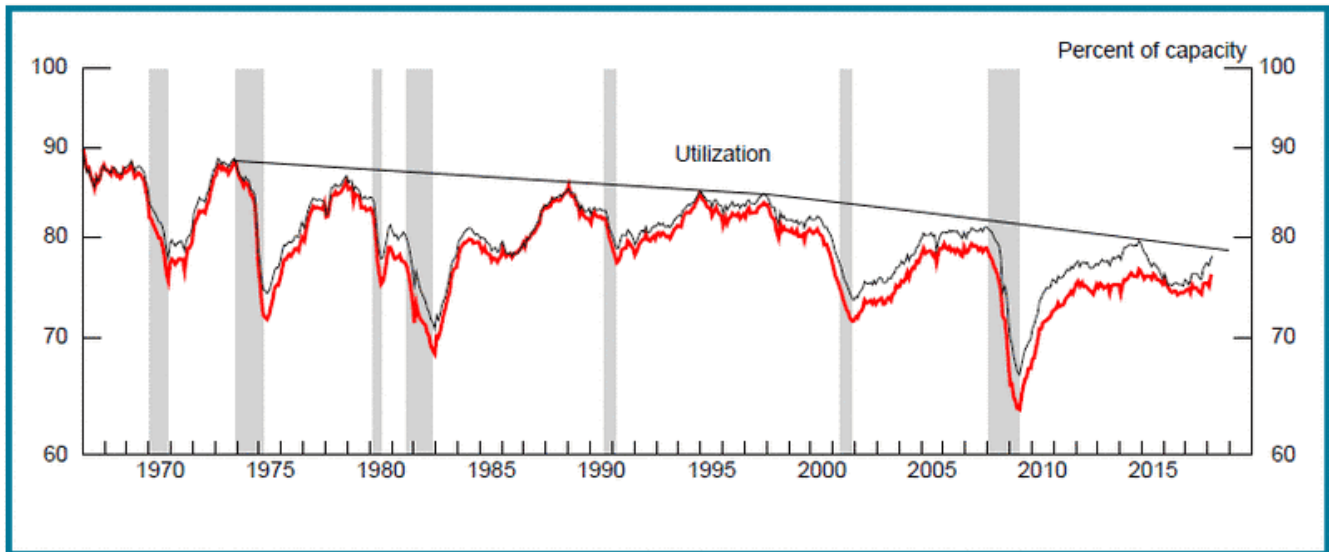
Monopole als wirksame Reaktion auf Überproduktion und „das Monopolkapital“ als Treiber der Überproduktion

Wilhelm M. Breuer fährt in seiner Schrift „Zur politischen Ökonomie des Monopols“ wie folgt fort:

*„Mit dem Monopolprofit ist jedoch noch eine zweite Konsequenz verbunden. Die Regulierung der Produktion und damit des Marktes, die einen hohen Monopolpreis ermöglicht, impliziert nämlich zwangsläufig, dass das Produktionsvolumen im Vergleich zu den Möglichkeiten, die die Produktivkraftentwicklung bietet, beschränkt wird, da allein die Diskrepanz zwischen Nachfrage – und durch das Monopol begrenztem – Angebot den Monopolpreis ermöglicht. **Im Vergleich zu einer hypothetischen Situation der freien Konkurrenz wird also bei einer monopolistischen Struktur eines Industriezweiges nicht nur der Preis höher, sondern auch die Ausbringungsmenge relativ geringer sein. In der Monopolisierung muss daher ein wesentlicher Faktor gesehen werden, der zu der für den heutigen Kapitalismus charakteristisch gewordenen chronischen Unterauslastung der Produktionskapazitäten beiträgt.**“ S. 84*

Die Tendenz zu einer „chronischen Unterauslastung der Produktionskapazitäten“ soll hier keinesfalls bestritten werden. Für die USA beispielsweise sehen die Zahlen so aus¹⁰:

¹⁰ Ähnliche Ergebnisse, die die gleiche Tendenz erkennen ließen, präsentierte Stephan Krüger in seinem Werk „Allgemeine Theorie der Kapitalakkumulation“ - erschienen im VSA-Verlag - für Deutschland schon 1986.



<https://www.quest-trendmagazin.de/weltwirtschaft/usa/kapazitaetsauslastung.html>

Das „Quest Trend Magazin“ kommentiert diese Tendenz zu sinkender Kapazitätsauslastung der Industrie wie folgt:

„Warum ist denn die Kapazitätsauslastung über alle Auf und Abs der Industrieproduktion in den letzten 45 Jahren überhaupt gesunken?“

Die Leistungsfähigkeit der Maschinen und Anlagen steigt stärker und dynamischer als die Aufnahmefähigkeit der Märkte für die immer produktiver hergestellten Produkte.“

<https://www.quest-trendmagazin.de/weltwirtschaft/usa/kapazitaetsauslastung.html>

Mit anderen Worten: Die Arbeitsproduktivität steigt stärker als „die Aufnahmefähigkeit der Märkte“ und sorgt für Überproduktion (und sinkende Inflationsrate).

Anders dagegen die Theoretiker des Monopolkapitalismus:

- Sie skandalisieren die Angebotsverringerung durch Produktionseinschränkung der Monopole und behaupten, dass bei freier Konkurrenz die Produktivkräfte konsequenter genutzt würden, die Produktion einen größeren Umfang hätte.
- Sie abstrahieren vollständig vom Zyklus der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, in den auch die Monopole eingebunden sind.
- Monopole werden bei ihnen nur als Folge der Konzentration und Zentralisation des Kapitals dargestellt und erscheinen nicht als Reaktion auf die Überproduktion in allgemeiner Konkurrenz.

Schon die Grafik von der Kapazitätsauslastung der us-amerikanischen Industrie macht jedoch nicht nur die überzyklisch sinkende Kapazitätsauslastung deutlich, sondern genauso so die zyklischen Schwankungen dieser Kapazitätsauslastungen. Das war so und das bleibt so als Charakteristikum des Kapitals im allgemeinen ... mit oder ohne Existenz von Monopolen! Die Kapazitätsauslastung bricht jeweils ein wegen der Überproduktion. Die sinkende Kapazitätsauslastung kündigt die heraufziehende Krise an und erreicht ihren Tiefpunkt in der Krise. Sie steigt aber auch allgemein wieder mit jedem Konjunkturaufschwung. Chronisch werdende Unterauslastung ist Ausdruck chronisch werdender

Überakkumulation und Überproduktion bei sehr hoher Arbeitsproduktivität. Monopolistische Praxis ist eine in Grenzen durchaus wirksame Reaktion darauf.

Man bemüht eine „hypothetische freie Konkurrenz“, um die Annahme zu stützen, dass Monopole weniger produzieren, als auf Basis der entwickelten Produktivkräfte möglich sei. Fakt ist aber, dass Monopole nicht nur Angebot und Nachfrage durch Absprachen beeinflussen, indem sie durch Begrenzung des produzierten Angebots sich an eine sinkende Nachfrage anpassen. „Das Monopolkapital“ – also entweder einzelne Kapitalgesellschaften oder Kartelle, die einen Produktionszweig mit dem dazugehörigen Markt vollständig beherrschen - reagiert bei anziehender Nachfrage genau so, wie „nichtmonopolistisches Kapital“ oder das Kapital im allgemeinen. Sie steigern die Produktion und lasten die Kapazitäten möglichst bis an ihre Grenzen aus. Je mehr diese Kapazitätsgrenzen erreicht werden, desto stärker werden die Preise erhöht. Die großen Kapitale, die selbst Monopole sind oder am ehesten fähig zur Kartellbildung, sind zugleich die Kapitale mit der höchsten organischen Zusammensetzung und der höchsten Arbeitsproduktivität. Sie werden damit während des Konjunkturaufschwung zugleich die größten Triebkräfte der Überproduktion und leisten einen entscheidenden Beitrag zum heraufziehenden Eklat. Ein Kartell etwa, das den daran beteiligten Einzelkapitalen Produktionsbeschränkung und Unterauslastung der Kapazitäten bei anziehender Nachfrage im Konjunkturaufschwung abverlangen würde, dürfte sich über Nacht in Wohlgefallen auflösen. Wäre das nicht der Fall, dann würden die am Monopol beteiligten Einzelkapitale aufhören, sich als Kapital zu verhalten, indem sie auf mögliche Profitvergrößerung durch Umsatzsteigerung verzichteten. Kurzum: auf Basis der Theorie vom Monopolkapitalismus sind die Vorgänge des industriellen Zyklus nicht mehr zu erklären! Sofern langfristig die Kapazitätsauslastung sinkt, ist das keine Erscheinung, die sich auf Monopole zurückführen lässt. Wäre die Existenz von Monopolen dafür verantwortlich, wäre es ein für Monopole typisches Merkmal, dass sie die „Ausbringung“ verringern, Kapazitäten nur beschränkt auslasten, dann müsste sich das ebenfalls im Konjunkturaufschwung, bei anziehender Nachfrage, zeigen.

Auf chronisch werdende Überproduktion wies schon Engels mit einer Anmerkung in Kapital Bd. 3 hin, wo es um die Bankrotterklärung der freien Konkurrenz und die aufkommenden Monopole geht. Engels schrieb:

„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die stets zunehmende Langsamkeit der Ausdehnung des Markts für diese vermehrten Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren. Dazu die Schutzzollpolitik, wodurch jedes Industrieland sich gegen die andern und namentlich gegen England abschließt und die heimische Produktionsfähigkeit noch künstlich steigert.

Die Folgen sind allgemeine chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite; kurz, die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, daß in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweigs sich zusammenschließen zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion. Ein Ausschuß setzt das von jedem Etablissement zu produzierende Quantum fest und verteilt in letzter Instanz die einlaufenden Aufträge. In einzelnen Fällen kam es zeitweise sogar zu internationalen Kartellen, so zwischen der englischen und deutschen Eisenproduktion. Aber auch diese Form der Vergesellschaftung der Produktion genügte noch nicht. Der Interessengegensatz der einzelnen Geschäftsfirmen durchbrach sie nur zu oft und stellte die Konkurrenz wieder her. So kam man dahin, in einzelnen Zweigen, wo die Produktionsstufe dies zuließ, die gesamte Produktion dieses Geschäftszweigs zu einer großen Aktiengesellschaft mit einheitlicher Leitung zu konzentrieren.

In Amerika ist dies schon mehrfach durchgeführt, in Europa ist das größte Beispiel bis jetzt der United Alkali Trust, der die ganze britische Alkaliproduktion in die Hände einer einzigen Geschäftsfirma gebracht hat. Die früheren Besitzer der - mehr als dreißig - einzelnen Werke haben für ihre gesamten Anlagen den Taxwert in Aktien erhalten, im ganzen gegen 5 Millionen Pfd.St., die das fixe Kapital des Trusts darstellen. Die technische Direktion bleibt in den bisherigen Händen, aber die geschäftliche Leitung ist in der Hand der Generaldirektion konzentriert. Das Zirkulationskapital (floating capital) im Betrag von etwa einer Million Pfd. St. wurde dem Publikum zur Zeichnung angeboten. Gesamtkapital also 6 Millionen Pfd. St. So ist in diesem Zweig, der die Grundlage der ganzen chemischen Industrie bildet, in England die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet. - F. E.}“ MEW Bd. 25, S. 453, 454¹¹

Die Bankrotterklärung der freien Konkurrenz besteht gerade darin, dass sie die Produktion nicht weiter ausdehnen kann, als etwa Monopole. Diese Bankrotterklärung besteht vielmehr darin, dass die Produktion in großem Maßstab und stärker noch als bei monopolistischen Strukturen zum Stillstand kommt („wegfallende Profite“). Seit Engels das schrieb, kam es speziell 1929ff und 2008ff zu weiteren signifikanten Bankrotterklärungen der freien Konkurrenz. Auf die Bankrotterklärung von 1929ff folgte sogar eine Revolution in der bürgerlichen Nationalökonomie (Keynesianismus). Neben die Monopole als ökonomische Reaktion trat damit die verstärkte Staatsintervention als politische Reaktion auf die Überakkumulation und Überproduktion und entfaltete ihre Wirkung. Zieht man Bilanz der Entwicklung bis heute, dann ist aber auch klar, dass weder Monopole noch keynesianische Wirtschaftspolitik des Staates an Krisen aus Überakkumulation - in der Form der Überproduktionskrisen – etwas zu ändern vermögen. Das Wertgesetz zeigt in den allgemeinen Krisen des Kapitals seine Macht und Wirkung. (vergl. dazu mein Arbeitsmanuskript über die periodisch wiederkehrenden Krisen) Die durchschlagende und teils katastrophale Wirkung des Wertgesetzes zeigt, dass die Monopole nicht über ihm stehen und dass sie nur ein Sonderfall der allgemeinen Konkurrenz sind. Ein Sonderfall mit begrenzter Wirkung gegen die Folgen dieser allgemeinen Konkurrenz der vielen Kapitale.

Bei Engels tritt das Monopol – das tatsächliche Monopol und nicht das behauptete – in einzelnen Produktionszweigen an die Stelle der Konkurrenz, ohne dass er deshalb von „Monopolkapitalismus“ spricht. Und dieses Monopol ist Reaktion auf „allgemeine chronische Überproduktion“. Ein Hinweis, der seine Berechtigung schon Ende des 19. Jahrhunderts hatte, der heute jedoch noch viel mehr Bestätigung findet, in einer großen Zahl von Kartellabsprachen wieder die chronische Überproduktion und ihre Folgen.

Der Prozess der Zentralisation des Kapitals ist – auch ohne direkte Bildung von Monopolen - ein Mittel zur Überwindung von Krisen, weil sich die gesamte erzeugte Mehrwertmasse auf weniger Kapital verteilt, so daß für jedes übrig gebliebene Kapital ein größeres Stück abfällt. Mehr noch ist das Monopol ein solches Mittel, indem es die Produktion begrenzt. Wo aber das Monopol in bestimmten Produktionszweigen ein Mittel gegen die Überproduktion und ihre Folgen ist, da ist „Monopolpreis“ gerade nicht Mittel für die Realsierung eines „Extraprofits“, der besonders hoch liegt, sondern ein Preis, der ausschließlich Verlust begrenzt und Pleite vermeidet und damit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise stabilisierend wirkt. Um das deutlich zu machen, folgt ein kleiner geschichtlicher Rückblick auf die Entstehung von Kartellen in Deutschland.

11 Dass Gesamtgesellschaft hier der Nation gleichgesetzt wird, halte ich für falsch, werde an dieser Stelle aber nicht näher darauf eingehen.

Historisches zur Entwicklung der Kartelle

In Deutschland setzte die „Kartellbewegung“ in der Kohle- sowie der Eisen- und Stahlindustrie nach der großen Krise von 1873 während der sich anschließenden und anhaltenden Depression ein. Erst 1968 stieß die Zentralisation des (Kohlebergbau-) Kapitals in Deutschland an seine Grenze, als die Ruhrkohle AG ins Leben gerufen wurde, die damals bereits rund 80% des Steinkohleabbaus erledigte. Ein nationalökonomisches Monopol in Reinheit.

Kürzlich nun machte die letzte Zeche in Deutschland dicht und damit hat dieses Monopol ausgedient, trotz aller Macht und Herrlichkeit. (Von wegen „Allmacht!“ wirtschaftlicher Monopole!) Von den ersten Kartellen im deutschen Steinkohlebergbau bis zur Ruhrkohle AG, mussten sich diese Monopole der internationalen Konkurrenz stellen und diese Konkurrenz sorgte letztlich – trotz aller staatlichen Unterstützung – für den Niedergang und das Ende des Steinkohlebergbaus in Deutschland.¹²

Es folgen nun die eingangs angekündigten längeren Zitate zur Geschichte der Kartelle im Steinkohlebergbau sowie der Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands aus dem Buch von David Crew.

*„Bochum trat genau während des internationalen Booms der fünfziger Jahre in das Industriezeitalter ein. >>Eine Zeit<<, bemerkte Bürgermeister Greve 1860, >>welche nicht mit Unrecht das californische Zeitalter genannt worden ist. Hervorgerufen durch ein in vielen Fällen sich überstürzende Spekulation, ...unterstützt und ermuntert durch die **aus allen Teilen Deutschlands hier zusammenfließenden Geldmittel** ... war eine ganz ungewöhnliche Anspannung aller produktiven Kräfte erfolgt.<<*

Eine Großteil des neu an die Ruhr geflossenen Kapitals wurde im Kohlebergbau angelegt. ...

Aber die Erwartungen, die sich mit diesen Investitionen verbunden hatten, wurden Ende der fünfziger Jahre schnell enttäuscht, als auf den Boom die Krise folgte. ...

*Der Kohlebergbau war stark betroffen. **Die Kohleförderung, die sich innerhalb von zehn Jahren verdreifacht hatte, überstieg schnell die schwindende Nachfrage, und die Kohlepreise fielen tief.** Greve schätzte, daß sie in den drei Jahren von 1860 um etwa 50% sanken. Unter diesen Wettbewerbsbedingungen bedeuteten sinkende Preise, sinkende Profite für die Bergwerksbesitzer, wenn nicht im Gegenzug die Produktionskosten gesenkt, der Markt ausgeweitet und/oder die Gesamtproduktion im Kohlebergbau eingeschränkt wurde, um das Angebot besser der Nachfrage anzupassen. ...*

***Da im neunzehnten Jahrhundert der deutsche Kohlebergbau sehr arbeitsintensiv war und die Löhne fast 60% der gesamten Produktionskosten ausmachten, mußte jeder ernsthafte Versuch, die Kosten zu senken, sich drauf konzentrieren, die Löhne zu kürzen.“** S. 33, 34*

„Die Bochumer Kohleindustrie hatte bis in die frühen sechziger Jahre hinein zu kämpfen, doch sie erholte sich, als ein neuer Aufschwung in der Eisenindustrie die Nachfrage nach Kohle steigerte und die Preise nach oben trieb. Für die kommenden fünfzehn Jahre erlebte der Kohlebergbau vergleichsweise eine Prosperitätsphase. Eine Zeitlang sah es tatsächlich so aus, als hätte die Kohle keinen Anteil an dem allgemeinen Wirtschaftabschwung, der im Gebiet um Bochum 1874 einsetzte. ... Dennoch war 1876 auch die Kohle in Schwierigkeiten. In diesem Jahr vielen die Preise so stark, daß sie das Niveau von 1875 erst 1889 wieder erreichten.

¹² Es ist sicher richtig, dass das Ende des Ruhrkohlebergbaus Resultat einer politischen Entscheidung war. Aber ebenso richtig ist, dass dieser Ruhrkohlebergbau längst Geschichte wäre, wenn er nicht durch politische Entscheidung über Jahrzehnte subventioniert und vor der internationalen Konkurrenz geschützt worden wäre.

Die Grubenbesitzer reagierten darauf, wie auch schon Ende der fünfziger Jahre, indem sie die Produktionskosten beschränkten und die Förderung erhöhten. Aber da die Mitte der siebziger Jahre einsetzende Depression sich als tiefer und dauerhafter erwies als die Wirtschaftskrise der späten fünfziger Jahre, hatte diese Reaktionsweise ernsthafte Konsequenzen. **Die Löhne wurden innerhalb von vier Jahren drastisch gekürzt. 1874 betrug der Durchschnittslohn eines Bergarbeiters 4,05 Mark pro Schicht. 1878/79 war er auf 2,40 Mark gefallen. In diesem Jahr mußte die Handelskammer zugeben, daß >>die Arbeiter nur noch die allernothwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten können<< und daß >>eine weitere Reduction der Selbstkosten unmöglich erscheint, Löhne und Materialpreise auf das niedrigste herabgedrückt<< sind. Die Arbeiter mußten für diese niedrigen Löhne mehr als zuvor arbeiten: >>Die Grubenverwaltungen (waren) ... (eine) höchstmögliche Steigerung des Arbeitseffects zu erzielen bemüht.<<“ S. 34, 35**

„Während der achtziger Jahre wurden seitens der Handelskammer immer wieder dieselben Klagen laut: obwohl sich der Kohlemarkt wieder erholt hatte und die Produktion gestiegen war, wollten die Preise einfach nicht deutlich ansteigen und sanken sogar zuweilen. **Es wurde vielen Grubenbesitzern immer klarer, daß ungehemmter freier Wettbewerb ihnen nicht zum Vorteil gereichte, daß er zeitweise ruinös sein konnte und daß man daher die Spielregeln verändern müsse.** Der erste Schritt in diese Richtung wurde am 29. Oktober 1879 unternommen, als in Dortmund ein Abkommen zur Produktionsdrosselung unterzeichnet wurde. Die Vereinbarung hatte eher einen beschränkten Effekt; **1882 gestand die Handelskammer ein, daß die Überproduktion nicht beseitigt, sondern nur eingeschränkt worden war. Eine bedeutende Minorität von Zechen, besonders die größeren und stärkeren, glaubten weiterhin, daß freier Wettbewerb für sie von Vorteil sei.** Aber schließlich wurden wirksamere Maßnahmen ergriffen: Ende September 1890 wurde der Dortmunder Kohleverkaufsverein gebildet, und ihm folgte im Dezember der A-G Bochumer Kohleverkaufsverein. **Schließlich wurde im Februar 1893 die umfassendste und stärkste Industrieorganisation gebildet, das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat.** Im Rückblick auf die beiden ersten Jahre seiner Tätigkeit konnte die Handelskammer befriedigt berichten: **>>Wenigstens wurde die Förderung der Nachfrage angepaßt und der Preis stetig gehalten.<< S. 37**

„Aber obwohl Kartelle sicherlich die Position des Kohlebergbaus auf dem Inlandsmarkt verbesserten, konnten sich die Ruhrkohleproduzenten nicht damit zufrieden geben, Kohle zu besseren Bedingungen im Inland zu verkaufen. **Schon früh suchten die Unternehmer im Export einen Ausweg bei Absatzkrisen im Inland. Eine Steigerung des Exports wurde zur regelmäßigen Maßnahme bei Absatzproblemen im Inland, und die Bildung von Kartellen ermutigte diese Strategie zusätzlich.** Während des Abschwungs nach 1876 bemerkte die Handelskammer, daß viele Zechen in das Exportgeschäft drängten, allein um zu überleben. ... Ähnlich geschah es 1908, als die Preise auf dem Binnenmarkt fielen und **>>bedeutende Mengen Kohle und Koks ins Ausland abgegeben wurden.<< 1908 geriet man jedoch bei dem Versuch, auf Auslandsmärkte auszuweichen, in Schwierigkeiten, und die Zechenbesitzer mußten feststellen, daß auch die übrigen Industrieländer von einer Absatzkrise betroffen waren. >>Daher vermochte die deutsche Industrie auch nur in sehr beschränktem Umfang in einem verstärkten Auslandsgeschäft sich einen Ersatz für den mangelnden Inlandsabsatz zu verschaffen.<<**

So bedeutend der Export auch war, die Ruhrkohleproduzenten hielten ihn nicht für besonders gewinnträchtig. **Es war in der Tat so, daß die Ruhrkohle, um mit der englischen, französischen und belgischen Kohle auf dem westeuropäischen Märkten konkurrieren zu können – und diese stellten das wichtigste Absatzgebiet für den Ruhrkohleexport dar -, normalerweise bestenfalls zu den Gestehungskosten und teilweise auch darunter verkauft werden mußte. ... Die Handelskammer**

berichtete, der Export sei beträchtlich gestiegen, aber >>eine großer Teil der Mehrausfuhr war ... nichts anderes als das Abstoßen von im Inlande nicht unterzubringenden Waren, und zwar zu Preisen, in infolge des stärkeren ausländischen Wettbewerbs sich den Selbstkosten ganz bedenklich genähert oder gar unter denselben gestanden haben.<<

Natürlich hofften die Ruhrkohleproduzenten, nicht nur den Export ausdehnen zu können, sondern ihn auch in die Gewinnzone zu bringen. Aber auch wenn der Export nicht gerade Gewinn brachte, war er für den Bergbau doch lebenswichtig. **Durch eine Kombination von Kartellen und Schutzzöllen konnte das Problem der Überproduktion im Land gemeistert werden;** aber damit waren nicht alle Probleme gelöst, denn **obwohl Kartelle die Inlandspreise hochhalten konnten, konnten sie doch nicht die Nachfrage regulieren. Bei einem Inlandsabschwung würden sich daher die Gesamteinnahmen der Kohleproduzenten verringern – eine ernsthafte Angelegenheit für einen Industriezweig, in dem die fixen Kosten relativ hoch waren und nicht ohne weiteres reduziert werden konnten.** So wies die Handelskammer 1911 darauf hin, daß >>die Ausgaben für Verwaltung, Wasserhaltung und Bewetterung und dergl. Stets die gleichen bleiben, gleichgültig, ob viel oder wenig gefördert wird.<<

... exportierte Kohle konnte wegen der starken internationalen Konkurrenz zwar nicht zu Inlandspreisen verkauft werden, aber sie ließ sich doch zu Preisen absetzen, die einen Teil der fixen Betriebskosten zu tragen halfen. Man kann sagen, dass es durch die Bildung von Kartellen möglich wurde, daß Kohle auf dem Weltmarkt zu >>niedrigen und sogar zu Dumpingpreisen<< verkauft wurden, ja daß dies dadurch geradezu ermutigt wurde, da die Inlandspreise relativ hoch gehalten wurden. **Kartelle und Exporte waren sich gegenseitig ergänzende Bestandteile der Reaktion der Kohleproduzenten auf die Krise im Kohlenbergbau.“ S. 38-40**

Festzuhalten bleibt:

1. Die Kartelle waren ein wirksames Mittel gegen die sinkende Preis im Inland, indem sie durch Absprache die Produktion beschränkten. Mit Monopolpreisen und sich darauf gründenden Monopolprofiten – in Sinne von dauerhaft erzielten Extraprofiten – hatte das nichts zu tun. Man vermied lediglich Verlust und Pleiten, indem man der Überproduktion Grenzen setzte und so für Preisstabilisierung sorgte.
2. Der Versuch, die niedrigen Profitraten durch Export aufzubessern, scheiterten an der internationalen Konkurrenz und der Tendenz zu allgemeiner Überproduktion in allen Ländern mit Steinkohlebergbau. Der Export gelang nur zu Dumping- und Niedrigstpreisen, die allenfalls vermochten, „fixe Kosten“ zu decken.
3. Kartelle des produzierenden Industriekapitals können die Nachfrage nicht regulieren und das setzt ihrer Fähigkeiten, Monopolpreise in Sinne von dauerhaft überhöhten Preisen durchzusetzen, Grenzen.

Lenin dagegen zitiert in seiner Imperialismusschrift ohne jedes Fragezeichen Kestner, der von einer „dauerhaften Erhöhung der Preise als Kartellwirkung“ gerade bei Kohle und Stahl spricht. Die Frage lautet aber, ob diese „dauerhaft erhöhten Preise“ in einem Produktionszweig – hier der damalige Steinkohlebergbau - zu einem Monopolprofit im Sinne eines „Extraprofits“ führen, der über der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate liegt. Voraussetzung dafür wäre mindestens, dass die Überproduktion alle Produktionszweige der Nationalökonomie ergriffen hat und demzufolge die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate niedrig ist. Einen Monopolprofit aufs Korn zu nehmen, der gerade mal die Weiterexistenz von Unternehmen ermöglicht, bei „Preisstabilisierung“ die „dauerhafte Erhöhung von Preisen“ anzuklagen und gar – wie moderne Monopolkritiker - darauf zu verweisen,

dass bei „hypothetischer freier Konkurrenz“ die Produktion nicht eingeschränkt würde, das ist schon eine Glanzleistung „radikaler Kritik“.

Das Problem der Überproduktion stellte sich in der Eisen- und Stahlindustrie noch schärfer. Ich zitiere wieder länger aus dem genannten Buch:

„Wie im Kohlebergbau, so waren auch in der Eisen- und Stahlindustrie während der fünfziger und sechziger Jahre beträchtliche Investitionen vorgenommen worden. ...

Aber wie im Kohlesektor folgte Mitte der siebziger Jahre auch in der Eisen- und Stahlindustrie auf den Boom die Krise. 1874 wurde die Lage in der Eisenindustrie als >>sehr traurig und zur Zeit noch ohne Aussicht auf Besserung<< beschreiben. >>Die zahlreichen Unterbilanzen, die das vorige Jahr brachte, ... die Capitalreduktionen, welche daraus folgten, die ausgeblasenen Hochöfen, die stillliegenden oder nur mit geringer Kraft arbeitenden Werke zeigen deutlich den schweren Druck, welcher auf dieser Geschäftsbranche lastet.<<

Natürlich wurde dieser Druck zum großen Teil an die Eisen- und Stahlarbeiter weitergegeben. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Während der Bochumer Verein 1873 von 5900 Arbeitskräfte (einschließlich Bergarbeiter) beschäftigte, sank diese Zahl 1874 auf 3500. Als die Recheisenenquete im November 1878 den Direktor des Bochumer Vereins, Louis Baare, anhörte, herrschte im Bezirk Bochum weit verbreitete Arbeitslosigkeit. >>Die Leute bieten sich , für 15 Sgr. Täglich zu arbeiten, aber wir können sie dafür nicht gebrauchen, sie können davon nicht leben. Schon bei unseren jetzigen Löhnen können die Arbeiter nicht bestehen.<<

*Man hatte die Schichtlöhne zwischen 1873 und 1879 von durchschnittlich 4,28 Mark auf 2,95 Mark gesenkt, und der durchschnittliche Jahreslohn war von 1152 Mark auf 912 Mark gefallen. **Auf die Frage, ob die Löhne wohl noch weiter gekürzt würden, antwortete Baare schlicht: >>Wir haben schon das Minimum überschritten, was wir den Arbeitern als Lohn geben müssen, damit sie sich genügend nähren und arbeiten, damit sie überhaupt aushalten. ... Eine noch weitere Herabsetzung der Löhne halte ich für nicht möglich.<<***

Die Arbeiter, die überhaupt Arbeit fanden, verdienten nicht nur weniger, sie mußten auch viel schwerer arbeiten: >>Die Leute sind wirklich an Kraft gesunken. Ein Kesselheizer, welcher um 2,30 Mark verdient, muss beispielsweise jetzt 4 Kesselfeuer versehen und 3 Stunden mehr arbeiten und während er früher 50-60 Scheffel Kohlen verstochte, muß er jetzt 140 verstochen. Die Leistungen der Leute sich überanstrengte. ...

*Bei seinem Versuch, den Mitgliedern seiner Generalversammlung die Krisengründe zu erklären, konzentrierte sich Baare auf die Frage der Überproduktion. **Anders als im Kohlebergbau hatte in der Eisen- und Stahlindustrie ein bemerkenswerter technischer Fortschritt stattgefunden, wodurch sich die Produktionskapazität deutlich erhöhte. Baare wies besonders auf die Erfindung der Bessemerbirne (1856) und des Siemens-Martin-Verfahrens (1864) hin, wodurch die Produktion von billigem Stahl möglich wurde: >>Während man früher den Gußstahl nur in kleinen Tiegel von 60Pfd Inhalt mittels eines vierstündigen Schmelzprozesses erzeugte, wendete Bessemer große eiserne Gefäße, sog. Converter an, in welchen er bei einem nur halbstündigen Schmelzprozesse und mit viel weniger Brennmaterial das Hundertfache, später sogar das zwei und dreihundertfache Quantum Stahl erzeugte.<<***

Dieser gewachsenen Produktionskapazität stand jedoch kein ausreichender Inlandsmarkt gegenüber. Mitte der siebziger Jahre hatte dieses Problem die Dimension einer Krise angenommen:

>>In bedauerlichem Gegensatz zur Überproduktion steht nun die Einschränkung des Consums<< als Konsequenz des Konjunkturrückgangs in so vielen Wirtschaftszweigen >>und die daraus folgende Verringerung des Eisenbahnbedarfs<<.

Baare fühlte, daß dieses Problem nur durch die Schließung vieler Gießereien gelöst werden konnte; dies geschah auch, und zwar nicht nur in Deutschland. Aber Baare meinte damit nicht, daß diese auf Dauer nötig sei. Bei einer wirtschaftlichen Neubelebung wäre sicher wieder an eine Ausdehnung der Eisen- und Stahlproduktion zu denken, und auch das geschah. **Den Bochumer Industriellen war klar, daß Überkapazitäten in diesem Industriezweig immer wieder vorkommen würden, da der technische Fortschritt eine Eigenentwicklung eingeschlagen hatte. 1884 bemerkte die Handelskammer recht gleichmütig: >>Die Überproduktion (ist) eine notwendige Folge der zur Massenproduktion hindrängenden Erfindungen der letzten Decennien auf dem Gebiete der Eisen- und Stahlindustrie.<< ...**

Die Bochumer Industriellen sahen die Eisen- und Stahlkrise der siebziger Jahre nicht nur als eine Folge ihrer eigenen Überproduktion an. Stattdessen verwiesen sie auf die Überproduktion anderer Länder, vor allem die >>colossale Überproduktion der englischen Eisenindustrie<<. Wichtigstes Anliegen war es daher, sich einen gesicherten inneren Markt zu schaffen, auf dem ausländische Konkurrenten nicht ihre Überproduktion zu niedrigen Preisen absetzen konnten. Dies erreichte man durch die Schutzzölle von 1879, für die sich Bochumer Industrielle sehr eindringlich ausgesprochen hatten, und deren wohltätige Effekte man 1882 erfreut feststellte. Früher hatte England in Krisenzeiten den deutschen Markt mit billigen Produkten überschwemmt; diesmal hatte Bismarcks Zollpolitik jedoch die deutschen Hersteller geschützt. Aber, wie Levy in seiner Studie über die deutschen Kartelle schreibt: >>Die Einfuhrzölle auf Eisen und Stahl wären ineffektiv gewesen, wenn die Konkurrenz unter den Herstellern im Reich selbst die Preise unter das Niveau der >Weltmarktpreise< plus Zoll und Frachtkosten gesenkt hätte. Einziger Ausweg daraus war, die Preise mithilfe von Kartellen, Syndikaten und Absprachen festzulegen.<<

Folglich wurden zwischen 1879 und 1882 nicht weniger als achtzehn Kartelle in der Eisenindustrie gebildet, wobei Produkte wie Roheisen, aber auch Halbfertigprodukte, Blech und Röhren betroffen waren. 1896 wurde das Roheisensyndikat gebildet, mit Sitz in Düsseldorf, und 1904 schlossen sich 27 große Stahlwerke, die zusammen 85,5% des deutschen Stahls produzierten, zum deutschen Stahlwerksverband zusammen, einer Organisation, deren Erneuerung drei Jahre später von der Bochumer Handelskammer als >>das wichtigste Ereignis des Jahres 1907<< bezeichnet wurde.

Aber die Kartellbildung ging in der Eisen- und Stahlindustrie nicht so glatt vonstatten, wie im Kohlebergbau, da die Produkte weit heterogener waren. So schreibt Feldmann: >>Horizontale Organisation war für die einfachen Produkte sehr geeignet, d.h. für Roheisen und die sogenannten A-Produkte (Halbfertigprodukte, Eisenbahnschienen, Baustahl). Diese waren in sich einheitlich und qualitativ sehr verschieden. Sie waren durch eine einheitlich Verkaufsorganisation leicht abzusetzen, und deshalb waren in der Vorkriegszeit das Roheisensyndikat und der Stahlwerksverband die wirkungsvollsten und am weitesten fortgeschrittenen Kartelle in diesem Industriezweig. ... Zu keinem Zeitpunkt gelang es jedoch, Syndikate im Bereich der sogenannten B-Produkte (Stabeisen, Reifen, Bleche und Draht) zu bilden ... die weitestgehenden Absprachen wurden hier 1904 für die Einrichtung von Quoten für B-Produkte getroffen, aber diese Vereinbarungen wurden schlecht eingehalten und zerbrachen schließlich 1912.<<

Der Sektor für B-Produkte blieb in dieser Zeit äußerst instabil, was sich am Beispiel des Walzwerkverbandes zeigen läßt. 1892 berichtete die Handelskammer, daß der Walzeisenverband auf

dem Inlandsmarkt unter heftigen Druck seitens nicht dem Kartell angehöriger Werke geriet. Im folgenden Jahr musste er die Preise senken, um konkurrenzfähig zu bleiben, und 1893/94 fiel der Verband schließlich auseinander, worauf ein noch schärferer Preiswettbewerb folgte. Ähnliche Konsequenzen fürchtete man, als sich 1911 das Stabeisensyndikat auflöste.

Diese Unbeständigkeit im Sektor für B-Produkte blieb während dieser Zeit instabil, was sich am Beispiel des Walzwerkverbands zeigen lässt. 1892 berichtete die Handelskammer, daß der Walzeisenverband auf dem Inlandsmarkt unter heftigen Druck seitens nicht dem Kartell angehöriger Werke geriet. Im folgenden Jahr mußte er die Preise senken, um konkurrenzfähig zu bleiben, und 1893/94 fiel der Verband schließlich auseinander, worauf ein noch schärferer Preiswettbewerb folgte.

...

Diese Unbeständigkeit im Sektor der B-Produkte lässt sich ganz einfach daraus erklären, daß es der Eisen- und Stahlindustrie nicht gelang, Produktion und Preise in dem Umfang zu kontrollieren, wie dies früher im Kohlebergbau gelungen war. **Betrachtet man die Sachlage genauer, so ist der Grund für das Unvermögen, den Sektor der B-Produkte zu kartellisieren, darin zu suchen, dass bei den A-Produkten erfolgreich Kartelle gebildet wurden. So meint Feldman, daß die >>großen Werke<<, die in mehreren Sektoren tätig waren und den Stahlwerksverband beherrschten, im Bereich der A-Produkte wegen des Syndikats nur sehr bescheidene Gewinne machten und deshalb zunehmend ihren eigenen Stahl zur Produktion von B-Produkten verwandten ... Vieles spricht dafür, daß die unbezweifelbare Preisstabilisierung bei den A-Produkten zu einer lebhaften Expansion – vielleicht einer Überexpansion – der Produktion von B-Produkten geführt hatte, die den auf mehreren Sektoren arbeitenden Werken als >Sicherheitsventil< dienten. Diese Werke mußten ihre fixen Kosten durch hohe Kapazitätsauslastung decken und tendierten daher stark zur Expansion.<< ebenda S. 41 ff**

Auch in der Eisen- und Stahlindustrie waren also „bescheidene Gewinne“ auf Grund „dauerhafter Erhöhung“ der Preise Resultat des Syndikats. Verlangte das wirklich nach einer „Zuspitzung“ allgemeiner Kapitalkritik auf eine Kritik am „Monopolkapital“?

Monopole sind ein Resultat der Zentralisation von Kapital. Sie existieren als Kartelle oder als Kapitalgesellschaften, die einen ganzen Produktionszweig beherrschen. Kartelle erfordern, dass verschiedene Kapitale eines Produktionszweiges – sei es national oder international – durch Vereinbarung ihre Konkurrenz partiell – also in Bezug auf bestimmte Waren - oder auf Zeit aufheben. Solche Absprachen sind nicht erforderlich, wenn die Zentralisation des Kapitals dazu geführt hat, dass nur noch eine Kapitalgesellschaft den gesamten Geschäftszweig beherrscht. Das hat es bisher äußerst selten und nur auf Zeit gegeben. Die dagegen sehr häufigen Kartellabsprachen können sich auf alles mögliche beziehen.

„Koordinieren Wettbewerber untereinander ihr Verhalten auf einem Markt, um dadurch den Wettbewerb einzuschränken oder auszuschalten, spricht man von einem Kartell.

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen zwischen Unternehmen können verschiedene Formen annehmen. Besonders schwerwiegend sind zumeist Absprachen zwischen Wettbewerbern über Preise oder Produktionsmengen sowie die Aufteilung von Absatzgebieten oder Kundengruppen (sog. „Hardcore-Kartelle“). Grundsätzlich kann das Kartellverbot aber auch auf andere Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern wie beispielsweise Kooperationen oder Marktinformationssysteme Anwendung finden. ...

Kartellabsprachen führen regelmäßig zu überhöhten Preisen bei sinkender Produktqualität. Gleichzeitig wird durch die Ausschaltung des Wettbewerbs die Innovationskraft der Unternehmen gebremst. Kartelle schaden damit der Gesamtwirtschaft und insbesondere dem Verbraucher.“
https://www.bundeskartellamt.de/DE/Kartellverbot/kartellverbot_node.html

Dass das gesamte gesellschaftliche Kapital auch nur einer Nationalökonomie in einer Hand konzentriert wäre, hat es noch nie gegeben und wird es nicht geben oder das Land hörte auf ein Land mit kapitalistischer Produktionsweise zu sein.¹³

Unsinn ist es, von Monopolen zu sprechen, wenn es nur wenige große Kapitale gibt, die auf einem Markt aktiv sind, wie z.B. in der Autoindustrie. VW, Daimler, BMW sind keine „Monopolkapitale“ und schon gar keine „Weltmonopole“. Sie beherrschen weder als einzelne, noch als Kartell – dass ein solches existiert, müsste sowieso erstmal nachgewiesen werden – den deutschen Markt und schon gar nicht den Weltmarkt. Die Konkurrenz unter ihnen schließt selbstverständlich Absprachen nicht aus, aber solange sie als selbständige Einzelkapitale unterwegs sind, verhalten sie sich zueinander als Konkurrenten.¹⁴ **Der sogenannte „Monopolkapitalismus“ ändert nichts daran, dass die Existenz mehrerer oder vieler Kapitale diese Kapitale eben zu Konkurrenten machen, die sich grundsätzlich wie das Kapital im allgemeinen verhalten!**

Die kapitalistische Produktionsweise ist gebunden an die Existenz vieler oder mindestens mehrerer Kapitale. Ohne diese Voraussetzung, also ohne Konkurrenz verschiedener Kapitale in allgemeiner Warenproduktion, hörte das Wertgesetz auf, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu sein. Solange aber verschiedene Kapitale aktiv sind – in einer Branche, auf dem nationalen Markt oder auf dem Weltmarkt – wird das Wertgesetz auf der Grundlage steigender Arbeitsproduktivität seine Wirkung entfalten.

Die Grenze der Zentralisation in einer Nationalökonomie – von der Marx spricht - ist also auf jeden Fall eine Grenze für die kapitalistische Produktionsweise, egal ob das direkt an eine soziale Revolution heranführt oder nicht.

Diese Grenze sehen offenbar auch die bürgerlichen Ökonomen und die bürgerlichen Politiker, weshalb sie auf Wettbewerb beharren und entsprechende Gesetze verabschiedet haben, die den Wettbewerb und damit die Fortexistenz der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise sichern sollen. (etwa Anti-Trustgesetzgebung in den USA.) Die zielte schon darauf ab, dass nicht einmal in einem einzelnen Geschäftszweig „*alle darin angelegten Kapitale zu einem Einzelkapital verschmolzen*“ werden. Anti-Kartellgesetzgebung und Anti-Trustgesetzgebung sind also **eine bewusste politische Reaktion auf den spontanen ökonomischen Zentralisationsprozess**. Sie sollen dazu beitragen, dass die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise erhalten bleiben.

Gesamtreproduktionsprozess und Monopolpreise

Je vielfältiger die Warenproduktion, desto umfassender die Konkurrenz um den Absatz dieser Waren! Die Konkurrenz ist nicht weniger geworden, sondern hat Diversifikation des Warenangebotes und Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zugenommen, trotz Monopolen, trotz Kartellen. Jedes Kapital steht mit allen anderen Kapitalen in Konkurrenz, nicht nur mit denen, die gleiche Waren produzieren. Es geht um Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert. Selbst wenn es in einem Geschäftszweig nur eine große Kapitalgesellschaft gibt, die gesamte Produktion monopolisiert ist,

¹³ Auf die Frage, ob der Staatsozialismus ein Staatskapitalismus war, gehe ich hier nicht erneut ein.

¹⁴ Auf die Definition von „monopolistischer Konkurrenz“ durch bürgerliche Ökonomie gehe ich hier nicht näher ein. Eine kurze Beschreibung findet man etwa hier: https://de.wikipedia.org/wiki/Monopolistische_Konkurrenz

befindet sich diese Monopol in Konkurrenz zu Anbietern von Alternativen. Das wird schon deutlich bei der Konkurrenz „verwandter“ Produkte. So stand das Monopol der Deutschen Bahn auf den Schienenverkehr z. B. in Konkurrenz zu den Einzelkapitalen, die den Individualverkehr durch Autos ermöglichen. Ähnlich hat sich die Konkurrenz im Bereich IT/Kommunikation entwickelt. Die Monopolmacht Microsofts bezüglich des Betriebssystems für PCs konnte nicht verhindern, dass mit der Entwicklung alternativer Produkte zum PC (Tablet, Smartphone) zugleich andere Betriebssysteme entwickelt wurden und sich durchsetzten (Android durch Google). Die Konkurrenz unter den Produktalternativen ist groß und kein Einzelkapital oder Kartell beherrscht den immer vielfältiger werdenden Markt für Informations- und Kommunikationstechnologie.

Hören wir jedoch zunächst, was Marx über die Verteilung des Gesamtmehrwertes unter den verschiedenen Einzelkapitalen schreibt:

„Obgleich ... die Kapitalisten der verschiedenen Produktionssphären beim Verkauf ihrer Waren die in der Produktion dieser Waren verbrauchten Kapitalwerte zurückziehen, so lösen sie nicht den in ihrer eignen Sphäre bei der Produktion dieser Waren produzierten Mehrwert und daher Profit ein, sondern nur so viel Mehrwert und daher Profit, als vom Gesamtmehrwert oder Gesamtprofit, der vom Gesamtkapital der Gesellschaft in allen Produktionssphären zusammengenommen, in einem gegebenen Zeitabschnitt produziert wird, bei gleicher Verteilung auf jeden aliquoten Teil des Gesamtkapitals fällt. Pro 100 zieht jedes vorgeschosne Kapital, welches immer seine Zusammensetzung, in jedem Jahr oder andern Zeitabschnitt den Profit, der für diesen Zeitabschnitt auf 100 als 'den sovielsten Teil des Gesamtkapitals kommt. Die verschiedenen Kapitalisten verhalten sich hier, soweit der Profit in Betracht kommt, als bloße Aktionäre einer Aktiengesellschaft, worin die Anteile am Profit gleichmäßig pro 100 verteilt werden, und daher für die verschiedenen Kapitalisten sich nur unterscheiden nach der Größe des von jedem in das Gesamtunternehmen gesteckten Kapitals, nach seiner verhältnismäßigen Beteiligung am Gesamtunternehmen, nach der Zahl seiner Aktien.“
MEW Bd. 25, S. 168

Wir haben es hier – bei dieser Verteilung des Mehrwertes, seiner Realisierung durch die Einzelkapitale - aber wieder mit einem Resultat der Konkurrenz zu tun. Wenn der Gesamtmehrwert auf die Einzelkapitale „gleichmäßig pro 100“ verteilt wird, so ist das ein Ergebnis von Konkurrenz. Die verschiedenen Kapitalisten **„verhalten“** sich gerade nicht „bloß wie Aktionäre einer Aktiengesellschaft“! Lediglich das Ergebnis ähnelt der Verteilung „nach Zahl der Aktien“ in einer Aktiengesellschaft! In der Praxis der allgemeinen Konkurrenz will jeder – unabhängig von der „Zahl der Aktien“ - also von der Größe seines Kapitals, soviel Gewinn erzielen, wie eben unter gegebenen Umständen möglich. Es gilt auch in Bezug auf die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Mehrwerts, was Marx allgemein zu den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise festhält:

„Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt ewiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt.“ MEW Bd. 25, S. 171¹⁵

15 Die Theoretiker der SOST sind mittlerweile zu Spezialisten dafür geworden, den „nie festzustellenden Durchschnitt ewiger Schwankungen“ nun doch festzustellen und festzuhalten. Damit haben sie sich eine Grundlage geschaffen für ihre beabsichtigte Steuerung der kapitalistischen Produktionsweise.

Die Unterscheidung zwischen dem interessierten Verhalten der Marktkonkurrenten und den Ergebnissen zu denen das auf Basis der Wirkungen des Wertgesetzes führt ist wichtig und eigentlich ein Grundanliegen der allgemeinen Kapitaltheorie von Marx.

Die Konkurrenz bestimmt nicht die Größe des Gesamtmehrwertes, aber sie sorgt für seine Verteilung. Wie aber soll man sich das vorstellen?

Aller Mehrwert muss realisiert werden über den Verkauf der produzierten Waren – also ihren Tausch gegen Geld - und jedes Kapital muss somit einen entsprechenden Anteil an der gesamten gesellschaftlichen Kaufkraft auf seine Waren ziehen. Die Verteilung des Gesamtmehrwertes stellt sich also dar als die Konkurrenz aller Kapitale miteinander um einen entsprechenden Anteil an dieser Kaufkraft, gleichgültig in welchem Produktionszweig das Kapital angelegt ist.

Innerhalb dieser allgemeinen Konkurrenz aller Kapitale miteinander verschafft sich das gesellschaftliche Bedürfnis Geltung und sorgt für proportionale Verteilung und entsprechende Realisierung von Mehrwert. Auf dem Markt tritt damit jede besondere Ware in Konkurrenz zu anderen Waren und die KäuferInnen verteilen ihre Kaufkraft - im Rahmen der Größe ihrer verfügbaren Einkommen – entsprechend ihrer Bedürfnisse.

Kein Einzelkapital – auch kein Monopol – kann durch seine Macht die Größe der kaufkräftigen Nachfrage bestimmen, die auf seine Waren entfällt.

Damit ein Einzelkapital den von Marx beschriebenen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Mehrwert realisieren kann, muss es auf dem Warenmarkt erfolgreich sein, also eine entsprechende Menge seiner Waren zu Preisen verkaufen, die ihm mindestens den Durchschnittsprofit einbringen. Der Erfolg hängt ab vom Preis und der Menge der Waren. Das gilt für Monopole, wie für jedes Kapital.

Allmächtig wären Monopole nur dann, wenn sie den KäuferInnen ihrer Waren vorschreiben könnten, wieviel von ihrem verfügbaren Einkommen sie für die vom Monopolkapital produzierten Waren ausgeben müssten.

Bleiben wir bei den LohnarbeiterInnen, ihrem Konsum und lassen mal die internationale Konkurrenz und die Nachfrage der Einzelkapitale untereinander außer acht. Stellen wir uns für einen Moment vor, dass beispielsweise nur noch ein Autokonzern in einer Nationalökonomie existiert, der über einen Monopolpreis einen Monopolprofit realisieren will. An welche Grenzen würde dieser Monopolpreis stoßen? Er würde - wie jeder andere Preis - an die Grenze der notwendigen Proportionalen Verteilung der Arbeit zur Befriedigung aller Bedürfnisse stoßen. Die Menge der verkauften Autos würde sinken, sobald der Monopolpreis für Autos die Befriedigung anderer gewachsener Bedürfnisse nicht mehr zuließe. Auch ein Monopolpreis ermöglicht nur dann einen Monopolprofit, wenn eine bestimmte Menge der Ware verkäuflich ist. Senkt der Monopolpreis die Menge der verkäuflichen Autos, so schwindet der Monopolprofit.

Andere gewachsene Bedürfnisse sind die nach Ernährung, Kleidung, Wohnungskomfort, Kommunikation etc. Die Befriedigung dieser Bedürfnisse verlangt es, dass die KonsumentInnen einen entsprechenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens dafür ausgeben. In dem Maße, wie ein Monopolpreis für eine bestimmte Ware die Befriedigung dieser anderen Bedürfnisse begrenzt oder gar unmöglich machte, würde er unter Druck geraten, würden hier also weniger Autos verkauft und der Monopolprofit würde schwinden, solange am Monopolpreis festgehalten wird. Dies gilt jedenfalls, solange die KonsumentInnen über ihr Einkommen verfügen und Spielräume haben für ihre Entscheidungen. Dies gilt also, solange die Monopole nicht die Größe der kaufkräftigen Nachfrage nach ihren Waren bestimmen können. Wie bereits angesprochen: Über dem Wert liegende Monopolpreise in der Konsumgüterindustrie, für Produkte, die in die Reproduktion der ArbeiterInnenklasse eingehen, sind überhaupt nur da möglich, wo der Wert der Ware Arbeitskraft über

dem Existenzminimum liegt und sie unterliegen letztlich den gleichen Grenzen, denen alle Warenpreise unterliegen. Führt ihre „Überhöhung“ zu sinkendem Warenabsatz, müssen sie fallen. Ein willkürlich, bloß auf Basis von Macht festgelegter Monopolpreis, hätte somit die gleiche Wirkung wie die „normale“ Überproduktion: Waren würden zu dem gegebenen Preis unverkäuflich. Das Monopol, das seine Wirkungsmacht gerade in der Begrenzung der Überproduktion beweist und dadurch in der Lage ist, Preise zu stabilisieren, würde bei solchen willkürlichen Monopolpreisen diese Wirkung selbst wieder aufheben. Wären willkürlich festgelegte Monopolpreise zur Erzielung eines Monopolprofits typisch für die entwickelte kapitalistische Produktionsweise, dann gäbe es im Übrigen die mit dem Zyklus der Kapitalakkumulation schwankende Inflationsrate für Verbraucherpreise nicht. Das Schwanken dieser Inflationsrate zeigt, dass Monopolpreise die allgemeine Preisentwicklung entweder kaum beeinflussen oder ihre Entwicklung selbst der gleichen Logik unterliegt, wie die Entwicklung auch der nicht-monopolistischen Preise.

Robert Schlosser
Januar 2019